

## Buchbesprechungen

Ott, Alfred E. / Winkel, Harald: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre (Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 31). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985. Kart. 303 S. DM 44,–.

Die Verfasser dieser Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre versuchen mehrere Ziele gleichzeitig zu erreichen: eine Darstellung der historisch-zeitlichen Entwicklung mit einer systematischen Entwicklungsgeschichte einzelner Theoriebereiche zu verbinden, indem sie mit den Physiokraten beginnend und der „marginalistischen Schule“ endend, durch eine gleiche Gliederung der einzelnen Kapitel (1. Einführung 2. Der zeitgeschichtliche Hintergrund 3. Die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge 4. Biographische und bibliographische Daten 5. Produktions- und Kostentheorie, Haushaltstheorie 6. Preistheorie 7. Verteilungstheorie 8. Kreislauftheorie 9. Geldtheorie 10. Konjunktur- und Wachstumstheorie 11. Außenhandelstheorie 12. Wirtschaftspolitische Konzeption), das Buch auch systematisch lesbar machen wollen, also z. B. die Geschichte der Geldtheorie als Sequenz der 9. Abschnitte der 5 Kapitel (I. Die Physiokraten, II. Die Klassik, III. Rezeption und Weiterentwicklung der klassischen Theorie, IV. Das Ökonomische System von Karl Marx, V. Die marginalistische Schule). Die Verfasser erhöhen ihre Schwierigkeiten noch dadurch, daß sie sich nie richtig entscheiden für wen sie schreiben, ob es sich um eine Geschichte der Theorie, einen Grundriß einer Geschichte der Theorie oder ein Lehrbuch der Geschichte der Theorie für Anfänger handeln soll. Ich habe das letztere als Zielsetzung angenommen, weil ich für die 2. Abschnitte „der zeitgeschichtliche Hintergrund“ in der vorliegenden Form sonst keinerlei Begründung finden könnte. Ihre theoriegeschichtliche Relevanz ist nirgends vermittelt, es sind „Hintergründe“, die viele Mitteilungen enthalten, aber in ihrer oft beachtlichen Konzentration – wie ich fürchte – doch auf ein historisches Grundwissen reflektieren, das unseren heutigen deutschen Studenten fehlt.

Natürlich ist es ein ambitiöses Vorhaben auf 276 Seiten eine Theoriegeschichte liefern zu wollen, es muß ausgewählt werden und beschnitten, und jeder fachkundige Leser kann billig auf das zu kurz Gekommene verweisen, das er schmerzlich vermißt. Wichtiger ist die Frage, ob das Vorhaben insgesamt geglückt ist, ob also ein chronologisch und systematisch lesbarer Text ein Bild der Theoriegeschichte entwirft, das den Laien orientiert und das der Sachkundige als hinreichend genau qualifizieren kann. Leider muß man daran Zweifel anmelden: es ist nicht die Sachkunde der Autoren, sondern die Darstellung der ausgewählten Sachverhalte, die vielleicht dazu führt, daß das Buch seine Zielsetzung verfehlt. Insbesondere ist es die Darstellung der eigentlichen theoretischen Methoden und Ergebnisse – also die Entwicklung der Modelltheorie – die seltsam ungenau und unfäßlich, viel zu wünschen übrig läßt. Die Autoren entscheiden sich in der Darstellung der modell-theoretischen Methoden und Resultate nicht entschlossen für eine Darstellungsmethode – sei es mit den formalen Methoden der heutigen Nationalökonomie die historischen Arbeiten zu erfassen und kritisch zu beleuchten, noch für die Vorführung der Analyse der behandelten Theoretiker in der historisch überlieferten Form – das Ergebnis ist ein unklares Bild, man weiß oft nicht, ob der Text ein stilisiertes Zitat oder ein Kommentar ist. Hinzu kommt die bei der

Darstellung formaler Theorie kaum begreifliche Ungenauigkeit des vorliegenden Textes. Da werden Variable benutzt, die gar nicht eingeführt sind, andere werden ungenau gekennzeichnet, da erscheinen ganz unvermittelt Zahlenbeispiele für einen formalen theoretischen Zusammenhang, und auch graphische Darstellungen werden ebenso benutzt und mit theoretischen Urteilen befrachtet, die gänzlich unvermittelt bis zusammenhanglos bleiben. Besonders fragwürdig ist in diesem Sinne das Kapitel über die marginalistische Schule, das sicher keinen Kenner der Materie befriedigt, aber jeden Studenten, so fürchte ich, ohne Verständnis läßt. Hier wird übrigens ein Modell eines allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts, ohne Herausarbeitung der Fragestellung, mit Eigenschaften der Lösung eines Gleichgewichtsmodells als Modellgleichungen, als „Kreislauftheorie“ vorgestellt – natürlich erfährt man nicht wie neo-klassische Autoren das Problem und seine Lösung dargestellt haben und welchen Stellenwert sie ihrer Methode und dem Resultat zugemessen haben. Die Geldtheorie der marginalistischen Schule ist den Autoren eine Seite wert, mit einem Diagramm mit sieben Variablen, die *alle* nicht erklärt sind! Trotzdem schreibt der (die) Verfasser: „Wie man leicht erkennt, ist die Zinsspannentheorie Wicksells eine rudimentäre Fassung der „loanable funds theory“ – natürlich ohne beide erklärt zu haben.

Auch das IV. Kapitel, „das ökonomische System von Karl Marx“ leidet sehr unter der Darstellung, der wenig zu ihrem Gegenstand passenden Sprache. In einer Theoriesgeschichte erwartet man, die Probleme, Anliegen, Methoden und Ergebnisse historischer Autoren verständnisvoll dargestellt zu finden – ich kann diesem Kapitel ein solches Verständnis nicht abgewinnen, vor allem fügt sich das Marxsche Gedankengebäude nicht in das Prokrustes-Bett des gewählten Gliederungsschemas – man sehe nur den Abschnitt „5. Produktions- und Kostentheorie; Haushaltstheorie“. Aus der organischen Zusammensetzung des Kapitals wird hier eine limitationale Produktionsfunktion!

Man muß hoffen, daß die Autoren ihre kritische Zusammenarbeit vertiefen und das Lektorat des Verlages seine Korrekturleistung wesentlich erhöht falls es zu einer Neuauflage dieses von seinem Ansatz und Anspruch so interessanten Unternehmens kommt – auf dem deutschen Lehrbuchmarkt fehlt eine lesbare Dogmengeschichte für Studenten seit langem, zumal E. Schneiders viel weniger ambitioniertes Unternehmen (Band IV der Einführung in die Volkswirtschaftslehre) unvollendet geblieben ist.

H. Scherf, Hamburg

*Kösters, Wim: Zur theoretischen und empirischen Bestimmung der Vollbeschäftigung (Beiträge zur ökonomischen Forschung, Bd. 21). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1986. 326 S. DM 86,-.*

Die Untersuchung wendet sich gegen eine einseitig politisch-pragmatisch ausgerichtete Bestimmung eines Beschäftigungszieles, ohne die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten auf der Grundlage makroökonomischer Theorien zu analysieren und in empirischer Hinsicht zu überprüfen. Die Zweck- und Wertrationalität einer zielorientierten Beschäftigungspolitik ist nach der methodologischen Ausgangsposition zu verneinen, wenn die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten nicht untersucht oder fälschlich eingeschätzt und außerdem die ordnungspolitischen Randbedingungen nicht beachtet werden. Der Begriff der zielorientierten Beschäftigungspolitik wird auf den Bereich der makroökonomischen Theorie der Stabilisierungspolitik eingeschränkt, genauer, auf den Bereich einer nachfrageorientierten Strategie der Geld- und/oder Fiskalpolitik. „Ziel (der) Arbeit ist somit, über eine



theoretische und empirische Ursachenanalyse der Unterbeschäftigung ... zu einer lageabhängigen und differenzierten Beurteilung der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten für den Bereich der Globalsteuerung zu kommen, um so das für die Stabilitätspolitik relevante Vollbeschäftigungsziel genauer formulieren zu können“ (S. 27).

Zum Aufbau: Zunächst liefert das zweite Kapitel der Untersuchung eine Kritik verschiedener Versionen quantitativ ausgerichteter Formulierungen von Vollbeschäftigungszielen, denen mit Bezug auf makroökonomische Theoriekonzeptionen jeweils eine ausreichende theoretische Fundierung fehlt. Die beiden folgenden Kapitel enthalten sodann eine ausführliche Darstellung keynesianischer Partial- und Totalmodelle (Kapitel 3) und der neoklassischen Konzepte der „natürlichen Rate der Unterbeschäftigung“ (Kapitel 4). Die theoretische Basis konzentriert sich somit auf die grundlegenden makroökonomischen Modelle der stabilisierungspolitischen Kontroversen der 70er Jahre. Im Kapitel 5 werden ökonometrische Testansätze entwickelt, im wesentlichen in Form erweiterter Phillips-Kurven-Ansätze, um die von den beiden Theoriepositionen unterschiedlich interpretierten makroökonomischen Zusammenhänge der Preis- und Mengeneffekte zu prüfen.

Für den Zeitraum 1965 - 1979 erfolgt eine empirische Bestimmung der erweiterten Phillips-Relationen für die Bundesrepublik Deutschland auf der Basis von Quartalsdaten. Ein Spezifikum dieser Berechnungen bildet die Annahme, daß die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte nicht lediglich nach adaptiven Erwartungsprozessen, sondern quasi-rational in Anpassung an die Vorhersagen der Wirtschaftsforschungsinstitute erfolgt. Die geschätzten Einfach-Regressionen bleiben in 4 Varianten wegen der erkennbaren Autokorrelation der Residuen unbefriedigend. Ein weiterer Regressionsansatz, der einer kombinierten Bestimmung der konjunkturellen und nicht-konjunkturellen Arbeitslosenquote mittels 8 unabhängiger Variablen dient, liefert offenbar befriedigende Schätzungsergebnisse. Der Autor hebt daraufhin 3 Ergebnisse hervor:

- (1) Im Untersuchungszeitraum ließ sich ein signifikanter Trade off zwischen Erwartungsfehlern und Arbeitslosenquote ermitteln.
- (2) Im Sinne von Friedmans Theorie der langfristigen Phillips-Relation zeigten die Regressionskoeffizienten der antizipierten Inflationsrate sowie der zeitlichen Variabilität der Inflationsrate positive Vorzeichen.
- (3) Die Veränderungen der Arbeitslosigkeit in der Basisperiode wurden überwiegend durch nicht-konjunkturelle Faktoren bestimmt, mithin durch Verschiebungen der langfristigen Phillips-Relation (S. 276, 279).

Aus den theoretischen Analysen sowie aus einer empirischen Schätzfunktion folgert Kösters „Zwar konnte ein signifikanter Trade off festgestellt werden, aber kein langfristiger, sondern ganz im Gegenteil sogar eine leicht positiv geneigte langfristige Phillipskurve, so daß eine expansive Globalsteuerung auf längere Sicht eher negative als positive Beschäftigungswirkungen gehabt haben dürfte. Der keynes'sche Fall einer nicht senkrechten aggregierten Angebotskurve scheint ... in dieser Periode empirisch nicht gegeben gewesen zu sein ... Die Schätzergebnisse dürften ... eher die neoklassische Position stützen“ (S. 284, 287). Die empirischen Ergebnisse sprechen nach Ansicht des Autors gegen die Möglichkeit und Notwendigkeit eines keynesianisch inspirierten originären Beschäftigungsziels. Die ex ante Setzung numerisch fixierter Beschäftigungsziele müsse als eine „Anmaßung von Wissen“ (v. Hayek) bezeichnet werden.

Vergleicht man die Zielsetzung der Arbeit einerseits und die Ergebnisse bzw. die Schlußfolgerungen andererseits, erscheinen allerdings einige Vorbehalte angebracht:

- (1) Kösters liefert entgegen der erklärten Intention keine empirisch fundierte Abgrenzung von konjunktureller und nicht-konjunktureller Arbeitslosigkeit. Sein erweiterter Regressionsansatz enthält keine theoretisch abgeleitete Trennung der beiden, von ihm unterschiedenen Komponenten. Dieser Ansatz berücksichtigt vielmehr verschiedene exogene Kurzfrist-Variablen nebeneinander in kumulativer Form mit der wahrscheinlich unvermeidbaren Folge der Interkorrelation exogener Variablen.
- (2) Ein Test mittels ökonometrischer Zeitreihenanalysen, der bestimmte absolute Parameterwerte zum Testkriterium hat, sollte besonders die Sensitivität bzw. Stabilität von kritischen Schätzparametern zum Gegenstand weiterer Analysevarianten machen. Nach den Erfahrungen der Schätzung gesamtwirtschaftlicher Preis- und Mengeneffekte erscheinen die Koeffizientenschätzungen sensitiv gegenüber den gewählten Ansätzen und Spezifikationen.
- (3) Zur Frage des Handlungsspielraums nachfrageorientierter Stabilisierungspolitik liegen in der Literatur mit Blick auf die 80er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland abweichende Ergebnisse vor, die auf anderen Konzepten und Ansätzen beruhen (vgl. z. B. W. Franz 1984, S. 615 ff.; neuerlich R. M. Coen / B. G. Hickmann 1987, S. 167). Die Ergebnisse des Autors haben daher einen reichlich eklektischen Charakter, sowohl mit Bezug auf die theoretischen Grundlagen wie auch mit Bezug auf die Auswahl des Regressionsansatzes.

Die Arbeit liefert zwar eine berechtigte, theoretisch ausführlich begründete Kritik an einer autonomen Strategie staatlicher Beschäftigungspolitik, die inflationäre Effekte mißachtet. Sie liefert jedoch keine befriedigende und generalisierbare Antwort auf die wichtige Frage des beschäftigungspolitischen Handlungsspielraums im Rahmen der Stabilisierungspolitik.

#### *Literatur*

Coen, R. M. / Hickmann, B. G.: Keynesian and Classical Unemployment in Four Countries, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1/1987, 123 - 193.

Franz, W.: Wohin treibt die Phillipskurve? Theoretische und empirische Überlegungen zur inflationsstabilen Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 104 (1984), 603 - 629.

H.-D. Harges, Trier

Thieme, H. Jörg (Hrsg.): Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung (Monographien der List Gesellschaft Bd. 9). Nomos Verlagsgesellschaft, 2. Aufl. Baden-Baden 1987. 320 S. DM 69,-.

Der vorliegende Sammelband mit 10 Beiträgen, 1987 bereits in 2. Auflage erschienen (die Rezension bezieht sich auf die 1. Auflage 1985), widmet sich der interessanten Frage nach der Rolle des Geldes in sozialistischen Planwirtschaften. Darüber gibt es in unseren Lehrbüchern kaum einmal Hinweise, und dementsprechend groß dürften die Wissensdefizite sein. In seinem Vorwort klassifiziert der Herausgeber, H. Jörg Thieme, die sozialistische monetäre Theorie als „unterentwickelt“ im Vergleich zur „hochentwickelten“ Geldtheorie marktwirtschaftlicher Provenienz. Daraus werden die beiden Hauptziele des Buches abgeleitet, nämlich erstens, „die Forschungslücken in der monetären Analyse von Wirtschaftssystemen zentraler Planung zu mindern und die Bedeutung monetärer Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften neu zu



bestimmen. Beabsichtigt ist gleichzeitig, die Robustheit der Geldtheorie als allgemeines, systemindifferentes Theoriegebäude zu überprüfen“ (S. 6).

Zwei anspruchsvolle Aufgaben also, die sich der Herausgeber und das Autorenteam – allesamt prominente Kenner der Materie – damit gestellt haben. Wie werden sie bewältigt? Entgegen dem Aufbau des Buches läßt sich als Konzept klar erkennen, vier große Komplexe der Geldtheorie symmetrisch für beide Wirtschaftssysteme abzuhandeln. Diese vier Komplexe sind: (1) Generelle Probleme der monetären Steuerung, (2) Geld- und Kreditangebot, (3) Geldnachfrage, (4) Geldwirkungs- und Transmissionsprobleme.

In Überblicksartikeln umreißen *Diethmar Kath* (für parlamentarische Demokratien) und *Friedrich Haffner* (für sozialistische Planwirtschaften) den ersten Komplex, nämlich grundlegende, insbesondere auch institutionelle Probleme der monetären Steuerung. Ziele, Strategien, Kompetenzen und Konzepte der Geldpolitik stehen im Mittelpunkt des interessanten und ausgreifenden Beitrags von *Kath*, überwiegend mit Bezug auf die Bundesrepublik. Diskutiert werden die makroökonomischen Ziele der Geldpolitik im Lichte des *Phillips*-Theorems und der monetaristischen Kritik, die strategischen Vorteile einer Geldmengenregel vor einer aktivistischen Politik, Kompetenz- und Autonomieprobleme unter Heranziehung der „Theorie der Bürokratie“ sowie konzeptionelle Ansätze der Geldmengensteuerung. Das Konzept der Bundesbank schneidet dabei nicht besonders gut ab: „Angesichts (zahlreicher) Fehlentwicklungen besteht der begründete Verdacht, daß die Deutsche Bundesbank ein ineffizientes Steuerungskonzept verfolgt“ (S. 177). *Kath* begründet dies insbesondere damit, daß die Bundesbank in verschiedener Hinsicht „ihre eigenen Möglichkeiten ... überschätzt“ und dem Konzept der Realzinssteuerung anhängt. Eine solche Interpretation des Bundesbankkonzeptes scheint uns allerdings recht eigenwillig bzw. zu ambitiös. *Kaths* Schlußfolgerung läuft auf ein Plädoyer für die Anwendung des Geldbasiskonzeptes und seine gesetzliche Verankerung in Form einer konstanten Geldmengenregel hinaus, weil sie die „größtmögliche ökonomische Effizienz gewährleistet“ (S. 181). Der Leser sollte beachten, daß es sich hierbei um eine theoretisch stichhaltige, empirisch aber noch keineswegs rundum abgesicherte Aussage handelt.

Eine „neue Welt“ tut sich auf, wenn man den Pendant-Beitrag von *Haffner* dagegenhält. Die einleitende Skizze eines Modells perfekter autoritärer Zentralplanung auf der Basis einer Geldwirtschaft läßt im wesentlichen zwei Parallelitäten erkennen: Die Akzeptanz der (drei) Geldfunktionen und die Notwendigkeit einer Geldumlaufplanung, letztere allerdings nur in dem „passiven“ Sinne, daß „die zentrale Volkswirtschaftsplanung der Geldsteuerung logisch und zeitlich vorausgeht“ (S. 191). Rasch stößt *Haffner* jedoch zum real existierenden Typus am Beispiel der UdSSR vor (wobei die Frage der Vergleichbarkeit mit anderen sozialistischen Ländern leider offen bleibt) und gelangt zu zahlreichen Relativierungen. Die „Passivität“ des Geldes verliert sich in dem Maße, in dem die Handlungsspielräume der Privaten und Betriebe zunehmen, die Spar- und Konsumententscheidungen sich der zentralen Planbarkeit entziehen und freie Nebenmärkte – legale und illegale – entstehen. Die „aktive“ Steuerung der Geld- und Kreditversorgung gewinnt damit an Bedeutung. Breiten Raum widmet Verf. den institutionellen Besonderheiten des sozialistischen Geldsystems, die in dem Beitrag von *Hartwig / Thieme* (s. u.) noch weiter vertieft werden: Das einstufige Banksystem mit der staatlichen „Monobank“ als dem einzigen Geldproduzenten; die ausschließliche Existenz von Zentralbankgeld; die Kontrolle der Betriebe durch die Staatsbank und die weitgehende Trennung von Bargeld- (Privatsektor) und Buchgeldkreisläufen (Betriebe). Was *Haffner* angesichts dieser Sachlage von einer „systemindifferenten Geldtheorie“ (s. o.) hält, ist leider nicht ersichtlich, wohl aber, daß das westliche geldpolitische Instrumentarium nicht übertragbar ist. Besonders interes-

sante Abschnitte sind die sozialistische Interpretation der Quantitätsgleichung und der Versuch, eine Gesamtgeldmenge zu konstruieren, wobei *Haffners* Ungleichung „1 Rubel Bargeld  $\neq$  1 Rubel Buchgeld“ (S. 202) allerdings noch erläuterungsbedürftig ist.

Der zweite Komplex behandelt Ansätze der Geldangebotssteuerung mit den Beiträgen von *Manfred Willms* und von *Karl-Hans Hartwig / H. Jörg Thieme* (für sozialistische Planwirtschaften). Hinsichtlich der angestrebten Ziele – „optimale“ (S. 13) bzw. „gleichgewichtige“ (S. 217) Geldversorgung – bestehen hüben wie drüben kaum Unterschiede, und auch mit der sozialistischen Maxime, „daß die monetäre Expansionsrate langfristig mit der Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Outputs übereinstimmt“ (S. 217), dürfte jeder konform gehen. Große Unterschiede tun sich jedoch im institutionellen Bereich und bei der Durchführung der monetären Steuerung auf.

In eindrucksvoller Weise arbeiten *Hartwig / Thieme* die Unvollkommenheiten der naturalen – und damit verbunden – auch der monetären Zentralplanung heraus, die überhaupt erst eine Geld-(Angebots-)Politik auch in sozialistischen Ländern notwendig machen. Letztlich ist es die auch hier gegebene Existenz von gewissen Entscheidungsspielräumen im privaten Sektor und bei den staatlichen Betrieben, die geldangebotstheoretische Ansätze zum Zuge kommen lassen. Allerdings, von dem von *Willms* didaktisch gut aufbereiteten *Brunner / Meltzerschen* Kreditmarktmodell bleiben bei der Übertragung auf sozialistische Gegebenheiten nur noch wenige Fragmente übrig (man vergleiche dazu die beiden „Kontrast“-Abbildungen auf den S. 29 und 226) – trotz aller Bemühungen von *Hartwig / Thieme*, die Schwachstellen der monetären Zentralplanung z.B. in spezifischen Zinselastizitäten der Kreditnachfrage und des Geldangebots einzufangen. Trotzdem ist es richtig, daß *Willms* mit dem Kreditmarktmodell den derzeit umfassendsten Referenzansatz vorstellt, besteht doch, wenn überhaupt, nur hier die Chance, wenigstens einige Elemente übertragen zu können. Nicht eingegangen wird leider auf die Frage, ob der zunehmende Umlauf an Westdevisen nicht auch ein Problem der Geldangebotssteuerung im Sozialismus ist.

Geldnachfrage-theorien, also Theorien der Determinanten der gewünschten (realen) Kassenhaltung, bilden den dritten Komplex des Sammelbandes, der von *Jürgen Siebke* und *Karl-Hans Hartwig* (für sozialistische Planwirtschaften) abgehandelt wird. Beide betonen zu recht die Bedeutung einer stabilen Geldnachfrage bzw. Umlaufgeschwindigkeit als zentrale Voraussetzung für den geldpolitischen Steuerungserfolg. *Siebkes* Beitrag ist wegen seiner Kompaktheit und wohl abgewogenen Kommentierung ein ausgezeichnetener Überblick über die hauptsächlichsten theoretischen und empirischen Ansätze, aber auch über die Schwachpunkte der Geldnachfrage-theorie in der Art eines Review-Artikels über die einschlägige Literatur (allerdings nur für „Fortgeschrittene“). Im Vordergrund steht die dogmenhistorische Entwicklung von der Quantitätstheorie bis zu den Postkeynesianern und die Exemplifizierung von Problemen bei der Aufstellung von empirischen Schätzfunktionen anhand des Standardmodells von *Goldfeld*. Mit einer Kommentierung der tatsächlichen oder nur vermeintlichen „Strukturbrüche“ der Geldnachfrage hätte der Beitrag noch weiter abgerundet werden können. Ferner hätten sich einige Brückenschläge zu dem Pendant-Artikel von *Hartwig* angeboten, so z.B. auf S. 51, wo von der Relation von Humankapital zu sonstigen Vermögensformen als Einflußfaktor die Rede ist.

Auch *Hartwig* referiert zunächst die wenigen, für sozialistische Länder entwickelten Ansätze und empirischen Schätzungen der (privaten Bar-)Geldnachfrage. Seine Kritik daran richtet sich auf die lang zurückliegenden Testzeiträume sowie auf Datenmängel und methodische Schwächen (zu geringe Spezifikation). *Hartwig* tritt der weit verbreiteten Vorstellung entgegen, daß die private Geldhaltung im Sozialis-



mus ganz überwiegend durch Zwangssparen infolge der staatlichen Güterengpässe bzw. Mengenrationierung determiniert und daher mit den gängigen Geldnachfrage-theorien nicht zu analysieren sei. Er stellt dagegen, daß auch hier wegen zahlreicher Ausweichmöglichkeiten (s. o.) prinzipiell monetäre Bestandsanpassungen stattfinden, so daß „die Vermögenstheorie als systemindifferentes analytisches Instrumentarium geeignet (ist)“ (S. 246). Sein diesbezüglicher Ansatz enthält folgende Variablen: Realeinkommen, erwartete Inflationsrate, Ertragsrate nichtmonetärer Aktiva, Verzinsung der Geldhaltung, Rationierungsvariable. Leider wird dieser Ansatz nicht empirisch getestet, aber an anderer Stelle hat *Hartwig* kürzlich einen Geldnachfragetest für Polen vorgelegt<sup>1</sup> mit dem Realeinkommen und der Mengenrationierung (einschl. der implizit erfaßten erwarteten Inflationsrate) als den dominierenden Bestimmungsgründen. Ertragsraten von Finanz- und Sachaktiva spielen dagegen keine oder nur eine geringe Rolle, was u. E. darauf hindeutet, daß der oben skizzierte vermögens-theoretische Ansatz zu ambitiös ist. Denn vom Spiel der relativen Preise „lebt“ dieser Ansatz, und dieses Spiel ist in sozialistischen Ländern eben wohl nur wenig ausgeprägt.

Gegenstand des vierten und zugleich umfangreichsten Komplexes sind zum einen die Theorien des Geldwirkungsprozesses in geschlossenen (*H. Jörg Thieme / Uwe Vollmer*) und offenen Volkswirtschaften (*Dieter Bender*), zum anderen die Analyse von Inflations- (*Dieter Cassel*) und Mengeneffekten (*H. Jörg Thieme*) von monetären Impulsen in sozialistischen Planwirtschaften. Beide Aspekte gehören inhaltlich zusammen.

In einem Streifzug durch die (sechs) wirtschaftstheoretischen Hauptströmungen skizzieren *Thieme / Vollmer* den transmissionstheoretischen Gehalt dieser Ansätze, wobei einige (z. B. Klassik und Neue Makroökonomie) ziemlich unsanft in das Grundmuster von Änderungen relativer Preise und/oder von Vermögensbeständen „gepreßt“ werden. Die weitere Analyse beschränkt sich dann auf die neueren Ansätze des „modernen“ Keynesianismus, des Monetarismus, der Neuen Makroökonomik und der Neuen Klassischen Ökonomie. Zur Beurteilung der Inflations-, Produktions- und Beschäftigungseffekte von monetären Impulsen konstruieren die Verf. als Referenzmodell einen vermögens-theoretischen Ansatz auf der Basis der Theorie der relativen Preise und kurzfristiger Phillips-Kurven. Dieses Modell, graphisch begrenzt auf den Kredit- und den Arbeitsmarkt, ist durchaus geeignet, die teilweise extremen Unterschiede in den Anpassungspfaden und in den stabilen Gleichgewichten bei den verschiedenen Ansätzen zu verdeutlichen. Dementsprechend fallen auch die stabilitäts-politischen Implikationen dieser Ansätze aus, wobei ein monetaristischer „bias“ der Verf. nicht zu übersehen ist. Trotz der (unumgänglichen) rigorosen Modellvereinfachung handelt es sich um einen geschickt aufbereiteten Beitrag, der alle wesentlichen Facetten des Geldwirkungsproblems umfaßt. (Hinweis: Der obere Teil der Übersicht 3 auf S. 86 ist dem Rezensenten seit 1974 wohl bekannt; das Zitat fehlt leider.)

In einem analytisch anspruchsvollen, nicht immer leicht zu lesenden Beitrag erweitert *Bender* die transmissionstheoretische Analyse um die außenwirtschaftlichen Aspekte. Der Ausgangspunkt ist, daß der geldpolitische Steuerungserfolg ganz wesentlich von der Wechselkurspolitik und vom Grad der internationalen Verflechtung beeinflußt wird. Defizite der *Mundell-Fleming*-Ansätze und der KPT zur Erklärung der starken realen Wechselkursschwankungen veranlassen *Bender* zu der Forderung, die monetäre Außenwirtschaftstheorie in die allgemeine Gleichgewichtstheorie zu integrieren. Dies geschieht, stets für den Fall des kleinen, offenen Landes und dif-

<sup>1</sup> Vgl. Karl-Hans Hartwig, Die Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Polen 1950 - 1984, in: Kredit und Kapital, H. 3, 1987, 378ff.

ferenziert nach festen und flexiblen Wechselkursen, durch schrittweise Erweiterung der Modellansätze, in denen die Anpassungsreaktionen des Finanz- und Realsektors auf Wechselwirkungen zwischen inländischen monetären Impulsen und außenwirtschaftlichen Einflüssen analysiert werden.

*Bender* überprüft sodann den Grad der monetären Autonomie der inländischen Geldpolitik bei festen Wechselkursen anhand des monetären Ansatzes der Zahlungsbilanztheorie und der Theorie der internationalen Finanzmarktintegration unter verschiedenen Geldschöpfungsannahmen. Besonders anschaulich gelingt die Herausarbeitung sog. „offset coefficients“ (S. 129 ff.). Mit dem Übergang zu weitgehend flexiblen Wechselkursen und der damit verbundenen Änderung der Transmissionsmechanismen gewinnen die neueren monetären und vor allem die Portfoliotheorien des Wechselkurses an Gewicht, die abschließend erläutert werden. *Bender* folgert, daß auch bei flexiblen Kursen keine Abschirmung gegen externe Störungen gelingt, eine interdependente Weltwirtschaft vielmehr einer internationalen Koordination der Geldpolitik bedarf. Ein „Pendant“ zu *Benders* Beitrag für sozialistische Planwirtschaften fehlt in diesem Buch leider völlig. Ist die monetäre Außenwirtschaftstheorie systemimmanent? Eine diesbezügliche Analyse innerhalb sozialistischer Planwirtschaften hätte u. E. versucht werden sollen.

*Cassell* versteht Inflation als systemindifferentes und monetäres Phänomen. Was die Inflationserklärung angeht, folgt er der – unbestrittenen – Argumentation *Friedmans*, wonach Inflation nur bei einem Überschießen der Wachstumsrate der Geldmenge über jene des Outputs zustande kommen kann. Nichtmonetäre Inflationserklärungen, die an der Güterseite („Warenlücke“, „Planversagen“ etc.) ansetzen und gerade für Planwirtschaften relevant erscheinen, werden zwar erwähnt, aber ziemlich kategorisch abgetan. Überzeugend und informativ ist dagegen *Cassells* auch empirisch belegte Interpretation der Inflation in sozialistischen Planwirtschaften als ein Mix aus Preis- und – ganz überwiegend – Kassenhaltungsinflation. Letztere, gemessen am Kassenhaltungskoeffizienten, absorbiert das Inflationspotential aus der zurückgestauten und der „versteckten“ Inflation, die beträchtliche Größenordnungen aufweist. Im Gegensatz zu den temporären Wirkungen der Preisinflation in Marktwirtschaften werden die Effekte der Kassenhaltungsinflation von *Cassell* als Dauererscheinung eingestuft, da in sozialistischen Ländern nur sehr beschränkte Anpassungsmöglichkeiten bestehen. Diese zu realisieren – Warteschlangen, Naturaltausch, Korruption und Parallelwirtschaft –, erfordert einen hohen Ressourceneinsatz und ist unter Allokations- und Wachstumsaspekten eindeutig negativ zu beurteilen. Ungleich verteilte Chancen, derartige Ausweichmöglichkeiten wahrzunehmen, und das sehr begrenzte Aktivasspektrum führen nach *Cassell* aber auch zu gravierenden Vermögens- und Einkommensumverteilungen der Kassenhaltungsinflation. Neben einer Verbesserung der Geldangebotssteuerung könnte das Inflationsproblem nur durch grundlegende Reformen entschärft werden – die aber das „System“ wiederum selbst in Frage stellen würden.

*Thiemes* abschließender Beitrag über „Produktions- und Beschäftigungseffekte monetärer Impulse in sozialistischen Planwirtschaften“ knüpft an den grundlegenden Transmissionsartikel von *Thieme / Vollmer* (s.o.) an und führt *Cassells* Argumentation zu den Inflationswirkungen (s.o.) modelltheoretisch fort. Den in der sozialistischen Theorie immer noch vorherrschenden Annahmen der „Geldillusion“ und der „Passivität“ des Geldes hält *Thieme* die (begrenzten) privaten Entscheidungsspielräume bei der Konsumgutwahl, bei der Intensität des Arbeitsangebots sowie beim Human-, Finanz- und Sachkapital entgegen, die damit prinzipiell auch die Relevanz einer Transmissionsanalyse begründen (Portfolio- und Erwartungstheorie). Gleichgewichtsmodelle der Neuen Makroökonomie, die mit den Basisannahmen rigider Preise



und Mengenrationierung den Bedingungen sozialistischer Länder scheinbar recht nahe kommen, lehnt er allerdings wegen fragwürdiger Konstruktionsmerkmale ab (Reagibilität des Arbeitsangebots, Erwartungsverhalten, komparative Statik). Stattdessen demonstriert er anhand eines originell modifizierten („Soziale Beschäftigungsquote“!) *Phillips*-Modells die Effekte von monetären und Lohnänderungsimpulsen auf Inflation, Produktion und Beschäftigung. Mit einigen Erweiterungen und ad-hoc-Hypothesen zur Schattenwirtschaft mit „spontanen“ Märkten und flexiblen Preisen zeigt *Thieme*, daß sich das Grundmuster der Transmissionsanalyse prinzipiell auf sozialistische Planwirtschaften übertragen läßt.

Insgesamt bietet der Sammelband eine Fülle von Anregungen und dürfte insbesondere für den (fortgeschrittenen) Seminarbetrieb gut geeignet sein. Wegen des ständig erforderlichen „Umdenkens“ auf sozialistische Planwirtschaften ist die Lektüre aber nicht ganz einfach. Durch eine bessere inhaltliche (!) Verknüpfung der einzelnen Beiträge (nicht nur Verweise) ließe sich das Verständnis erleichtern. Der Stand der Geldtheorie wird in den Übersichtsartikeln durchweg – auch didaktisch – gut referiert. Eine „systemsprengende“ Geldtheorie wird zwar nicht geboten, jedoch erste, wertvolle Ansätze. Nach dem Eindruck des Rezensenten ist es letztlich das Ausmaß der Defekte des Sozialismus, das darüber entscheidet, ob und inwieweit eine systemindifferente Anwendung der Geldtheorie möglich ist.

D. Duwendag, Speyer

*Cassel, Dieter (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen. Verlag Franz Vahlen, München 1984. XV, 383 S. DM 68,-.*

Das umfangreiche Schrifttum zur systemvergleichenden Analyse von Wirtschaftssystemen ist um einen gewichtigen Sammelband reicher geworden, den von Dieter Cassel herausgegebenen Reader, der sich zum Ziel gesetzt hat, in die „Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik verschiedener Länder, Epochen und Systeme“ einzuführen. Der Studententext enthält 18 Einzelbeiträge, die vom Herausgeber inhaltlich weitgehend aufeinander abgestimmt und formal vereinheitlicht wurden. Sie sollen einen „konzentrierten Überblick über Stand und Entwicklung der praktischen Wirtschaftspolitik und ihre theoretischen Leitbilder in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen geben“ (S. V) und so dem Leser ermöglichen, Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik systemvergleichend und in historischer Perspektive zu analysieren.

Der Sammelband gliedert sich in zwei Hauptteile, denen ein einleitender, terminologische Fragen klärender Beitrag des Herausgebers vorangestellt ist. Im ersten Teil finden sich fünf Beiträge zur ordnungstheoretischen Einordnung und Beurteilung wirtschaftspolitischer Konzeptionen. Im zweiten Teil wird in zwölf Länderbeiträgen über die wirtschaftspolitische Praxis in historischer Perspektive, in „kapitalistischen“ Ländern sowie in „sozialistischen“ Ländern berichtet. Jedem Einzelbeitrag folgen kommentierte Literaturhinweise; die zitierten Quellen sind in einem Literaturverzeichnis am Ende des Bandes zusammengestellt. Ein Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen sowie ein Stichwortregister, das für einen Studententext mit dieser Fülle des Stoffes und thematischen Breite sicherlich wünschenswert gewesen wäre, fehlen leider.

*Dieter Cassel* identifiziert in seinem einleitenden Beitrag „Wirtschaftspolitik in alternativen Wirtschaftssystemen: Begriffe, Konzepte, Methoden“ von ihm so genannte „Krisensymptome“ im „Kapitalismus“ einerseits und im „Sozialismus“

andererseits, die „eine besondere Herausforderung der Wirtschaftspolitik darstellen“ (S. 5). Er diagnostiziert eine „seit Mitte der 70er Jahre allgemein beobachtbare Zuspitzung der wirtschaftlichen Entwicklung“ und schließt hiervon auf eine „Krise der Wirtschaftspolitik“ (S. 5f.). Dabei sieht Cassel „das Unvermögen der Wirtschaftspolitik in Ost und West als Folge einer globalen Mißachtung des Spannungsverhältnisses zwischen der Wünschbarkeit und den Möglichkeiten politischer Gestaltung der modernen Wirtschaftsgesellschaft.“ (S. 6). Insbesondere unterlägen die Wirtschaftspolitiker in Ost und West gleichermaßen dem Zwang, „die gesamte Wirtschaft oder wichtige Teilbereiche unablässig tiefgreifenden Reformen zu unterziehen.“ (S. 8) Die oft erst nach Jahren als „Krisensyndrom“ in Erscheinung tretenden unerwünschten Folgewirkungen würden dann aber häufig als Markt- oder Planversagen dem Wirtschaftssystem angelastet.

*Ingomar Bog* gibt in seinem Beitrag „Wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Geschichte“ einen kursorischen Überblick über die wirtschaftspolitischen Konzeptionen des „Alten Reiches“ in Ägypten, der „kommunistischen“ Spartiaten, der Jesuiten in Paraguay, des spätrömischen Reiches, der mittelalterlichen Weltwirtschaft, des Merkantilismus, der historischen Schulen, des Institutionalismus, der Physiokratie, des klassischen Liberalismus und der Sozialisten. „Grunderfahrungen“ scheinen dem Autor zu zeigen, daß wirtschaftspolitische Konzeptionen Geltung nur in einer Zeitspanne genießen, „die im Groben der zeitlichen Erstreckung wirtschaftlicher Großlagen (Trends) entspricht“ (S. 24) und ferner, daß Geschichte sich eben nicht einfach wiederholt. Als Ergebnis eines historischen Lernprozesses scheint Bog jedenfalls auch die historisch „jüngeren“ wirtschaftspolitischen Konzeptionen nicht interpretieren zu wollen.

*Hans Jörg Thieme* und *Reinhard Steinbring* stellen in ihrem Aufsatz „Wirtschaftspolitische Konzeptionen kapitalistischer Marktwirtschaften“ den von ihnen so genannten „liberalen Marktkonzeptionen“ (Freiburger Schule, Chicago School) „interventionistische Staatskonzeptionen“ (Freiheitlicher Sozialismus, Investitionslenkung, Wohlfahrtsstaat) gegenüber. Das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird als „eigenständiger Stilgedanke“ gekennzeichnet und keiner der genannten „alternativen“ Konzeptionengruppen zugeordnet. Die von sozialistischer Seite vorgebrachte Kritik an der Leistungsfähigkeit und Problemlösungskapazität marktwirtschaftlicher Systeme wird zurückgewiesen; die Autoren sprechen sich gegen jedwede „interventionistische Konzeption“ und für eine liberale konzeptionelle Neugestaltung der Wirtschaftspolitik aus. Sie verwerfen allerdings auch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, da der stattgefundene „Aushöhlungsprozeß der Konzeption durch die praktische Wirtschaftspolitik“ und die Entwicklung in Richtung eines „konstruktivistischen Interventionismus“ (S. 61) die ursprüngliche Idee in Frage stelle. Die geforderte Neukonzipierung der Wirtschaftspolitik wollen Thieme und Steinbring vielmehr als Rückbesinnung auf Prinzipien der Freiburger Schule und der Chicago-Tradition verstanden wissen, wenngleich sie einen solchen Umbruch als „kurzfristig weder möglich noch erfolgversprechend“ (S. 65) ansehen. Sie schlagen daher die Entwicklung von „Übergangsstrategien“ vor, insbesondere eine Reprivatisierung staatlicher Monopole, anreizsteigernde Steuersenkungen, eine Neuordnung des Sozialsystems und einen schrittweisen Subventionsabbau, einkommenspolitische Korrekturen sowie „institutionelle Arrangements“ von Bürokratiereformen bis hin zur Einführung monetärer Regelbindungen.

Kenntnisreich und fundiert informiert der Aufsatz von *Helmuth Leopold* über „Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Marktwirtschaften“. Zunächst anhand der „Modellentwürfe“ etatistischer und partizipatorischer Konzeptionen, dann am konkreten Beispiel Ungarns, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Polens ver-



deutlicht er den ordnungspolitischen Spielraum eines „dritten Weges“, der in praxi letztlich darin begründet ist, „daß die geistigen Väter des Sozialismus keine positive Ordnungskonzeption entworfen und hinterlassen haben.“ (S. 71) Die bisherigen Erfahrungen und gescheiterten Reformversuche scheinen Leipold „auf gravierende Probleme der politischen Durchsetzbarkeit und auf ökonomische Funktionsmängel der marktsozialistischen Konzeption“ (S. 89) hinzudeuten, die er im folgenden identifiziert und näher begründet. Überzeugend bewertet er daher abschließend und vor dem Hintergrund dieser Argumentation die „marktsozialistischen“ Konzeptionen „als höchst instabile Ordnungsgebilde“ (S. 91).

*Gernot Gutmann* und *Werner Klein* stellen „Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Planwirtschaften“ vor. Nach einem kurzen Abriss der historischen Entwicklung, der ideengeschichtlichen Wurzeln und der gegenwärtig typischen institutionellen Ausgestaltung des sowjetsozialistischen Planwirtschaftsmodells werfen sie die umstrittene Frage auf, ob und inwiefern in einer straff zentralstaatlich gelenkten Planwirtschaft ein besonderer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf überhaupt besteht. Die Autoren bejahen die Frage, da sich in der Realität planwirtschaftlicher Systeme aus der (begrenzten) Autonomie dezentraler Entscheidungseinheiten Informations- und Motivationsprobleme ergeben und auch von der außenwirtschaftlichen Seite her „Störimpulse“ auftreten können, die einen „umfassenden wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf“ begründen. Gutmann und Klein beschreiben sodann näher Grundsätze, Ziele und Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik sozialistischer Planwirtschaften, die sie abschließend als Typ einer „holistischen Konzeption auf historizistisch-marxistischer Grundlage“ kennzeichnen. Ihr liege die Auffassung zugrunde, die ganze Gesellschaft lasse sich „im Wege des Sozialexperiments“ nach einem vorgegebenen Gesamtplan gestalten. Das „offensichtliche Versagen“ dieser Planwirtschaftskonzeptionen löse daher immer wieder Reformen aus, die „oft den Charakter umfassender sozialer Großexperimente annehmen“ (S. 115).

„Konzeptionen und Praxis internationaler Wirtschaftspolitik“ werden von *Helmut Gröner* und *Alfred Schüller* behandelt. Sie umreißen Notwendigkeit, Rahmenbedingungen, Erscheinungsformen, Ziele und Träger supranationaler Wirtschaftspolitik und gehen näher auf die Handelspolitik des GATT und die Währungspolitik des IWF ein. Die Autoren vertreten die Ansicht, daß – wie bei der Ordnung des nationalen Wirtschaftsgeschehens – auch auf internationaler Ebene nur zwei Koordinationsformen denkbar sind: die dezentrale (marktwirtschaftliche) und die zentrale (zentralverwaltungswirtschaftliche). Während nun bei „marktwirtschaftlichen Integrationslösungen“ verschiedene Formen und Integrationsstufen je nach Bereitschaft der beteiligten Länder zum Souveränitätsverzicht realisierbar sind, setzen nach Gröner und Schüller „zentralverwaltungswirtschaftliche Integrationslösungen“ immer und „systemlogisch einen weitgehenden Verzicht auf einzelstaatliche Souveränität voraus.“ (S. 119) Je nach dem Ausmaß des faktischen Souveränitätsverzichts gelangen die beiden Autoren dann aber auch für Zentralverwaltungswirtschaften zu Integrationsstufen, die den von Bela Belassa entwickelten Formen „marktwirtschaftlicher“ Integration ähneln. Am Beispiel regionaler Integration (EG) und regionaler Kooperation (RGW) verdeutlichen Gröner und Schüller die von ihnen aufgezeigten Möglichkeiten und Grenzen supranationaler Wirtschaftspolitik, wie sie letztlich im Ausmaß der Bereitschaft zum nationalstaatlichen Souveränitätsverzicht begründet sind.

Im zweiten Teil des Sammelwerkes wird in Einzelbeiträgen der Versuch unternommen, die wirtschaftspolitische Praxis verschiedener Länder darzustellen. Im Abschnitt „Wirtschaftspolitik in historischer Perspektive“ behandeln *Peter Hertner* die „Wirtschaftspolitik des Faschismus in Italien“ und *Fritz Blauch* die „Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus in Deutschland“. Im Abschnitt „Wirtschaftspoli-

sche Praxis kapitalistischer Länder“ bearbeitete *Karl-Hans Hartwig* den Beitrag „Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft“, *Phillip J. Bryson* „Vereinigte Staaten: Wirtschaftspolitik in der freien Marktwirtschaft“, *Anja Caspers* „Schweden: Wirtschaftspolitik im Wohlfahrtsstaat“, *Walter Wittmann* „Schweiz: Wirtschaftspolitik im Verbändestaat“ und *Willy Kraus* „Japan: Wirtschaftspolitik jenseits von Markt und Plan“. Im Abschnitt „Wirtschaftspolitische Praxis sozialistischer Länder“ verfaßte *Friedrich Haffner* den Beitrag „Sowjetunion: Wirtschaftspolitik im sowjetischen Sozialismus“, *Manfred Melzer* bearbeitete den Aufsatz „DDR: Wirtschaftspolitik der administrativen Reformen“, *Reinhard Peterhoff* „Polen: Wirtschaftspolitik im Zwiespalt zwischen Plan und Markt“, *Márton Tardos* berichtet über „Ungarn: Wirtschaftspolitik auf dem Weg zur sozialistischen Marktwirtschaft“ und *Wolfgang Klenner* über „China: Wirtschaftspolitik zwischen Utopie und Pragmatismus“.

Eine kritische Würdigung der einzelnen Länderbeiträge würde den Rahmen dieser Besprechung sprengen. Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher bewußt auf einige inhaltliche und formale Anmerkungen sowie Eindrücke, die den gesamten empirischen Teil des Bandes betreffen.

Positiv ist vor allem zu bemerken, daß sich Herausgeber und Autoren – überwiegend erfolgreich – um eine inhaltliche Abstimmung und eine gewisse formale Vereinheitlichung der Länderbeiträge bemüht haben. In allen Beiträgen werden Entwicklung, Ziele, Träger und Instrumente sowie neuere Tendenzen und/oder Erfolgsaussichten der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik dargestellt, wenngleich die Qualität und inhaltliche Tiefe der einzelnen Aufsätze – wie dies bei Sammelwerken kaum anders zu erwarten ist – nicht unerheblich variiert. In Tabellen werden – zumindest für die „kapitalistischen“ Länder – wichtige Indikatoren der ökonomischen Entwicklung (wie Inflation, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Arbeitsproduktivität, Löhne und Gehälter, Zinsniveau, Staatsverschuldung) für den Zeitraum von 1965 bis 1982 zusammengestellt. Für die „sozialistischen“ Länder fehlen allerdings entsprechende Daten im Sammelband entweder ganz, wie im Länderbeitrag zur DDR, oder sie sind lückenhaft und auch nicht annähernd vergleichbar abgegrenzt. Zwar haben sich die meisten Autoren zumindest bemüht, statistisches Datenmaterial zusammenzustellen, sie bleiben bei der quantitativ-empirischen Fundierung ihrer Länderberichte aber zweifellos geiziger als die für ihre „Geheimniskrämerei“ hinlänglich bekannten statistischen Ämter der sozialistischen Staaten selbst. Ein erhebliches Mehr an sonst nur schwer zugänglichen Zahlen und Daten hätte diesem Teil des Readers – gerade mit Blick auf den Zweck der Länderberichte – zweifellos gut getan.

Der Studententext hat sich zum Ziel gesetzt, dem Leser die Möglichkeit zu geben, „wirtschaftspolitische Konzeptionen und Praktiken aus Gegenwart und Vergangenheit *systemvergleichend* zu analysieren“ (S. V, Hervorh. v. Verf.). Leider wird der Leser aber bei einem Versuch, dies zu tun, weitgehend allein gelassen. Weder finden sich im Teil „Wirtschaftspolitische Praxis“ Beiträge, die die Länderaufsätze zusammenfassend kritisch würdigen und länder-, epochen- oder systemvergleichende Perspektiven eröffnen. Noch finden sich im ersten Teil des Sammelbandes „Wirtschaftspolitische Konzeptionen“ Beiträge, die über den einleitenden Herausgeberaufsatz hinaus Konzeption und/oder Praxis nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik systemvergleichend analysieren. Es werden „lediglich“ die wirtschaftspolitischen Konzeptionen innerhalb ein und desselben Systemtyps vergleichend dargestellt. Dem Leser wird damit aber die überaus schwierige, beim gegenwärtigen Stand der Forschung wohl auch kaum zu leistende Aufgabe des Systemvergleichs wirtschaftspolitischer Konzeptionen und Praktiken nicht gerade erleichtert. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der beiden überaus interessanten Beiträge von *Peter Hertner* und *Fritz*



*Blaich*. So sehr dem Herausgeber dafür zu danken ist, daß er zwei Aufsätze zur faschistischen Wirtschaftspolitik in den Reader aufgenommen hat, so bedauerlich ist es, daß diese Beiträge ohne Berücksichtigung der inzwischen breiten und an Erkenntnissen reichen vergleichenden Faschismusforschung und ohne den Versuch einer länderübergreifenden und systemvergleichenden Gesamtwürdigung isoliert neben den anderen Länderkapiteln stehen.

Der Herausgeber selbst hat – völlig zu Recht – auf die erheblichen terminologischen, empirischen und wissenschaftstheoretischen Schwierigkeiten einer vergleichenden Analyse staatlicher Wirtschaftspolitik in alternativen Wirtschaftssystemen hingewiesen. (Vgl. S. 18) Es mag sein, daß es deshalb für diesen Studententext bewußt beim geordneten Nebeneinander landesspezifischer Wirtschaftspolitiken bleiben sollte; freilich ist dann aber zumindest der Titel des Sammelwerkes „Wirtschaftspolitik im Systemvergleich“ irreführend. Der Untertitel hingegen beschreibt den tatsächlichen Inhalt des Readers treffend, behandelt er doch „Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen“.

Man mag darüber hinaus bedauern, daß – mit Ausnahme Chinas – kein weiteres Entwicklungsland in diesem Sammelband besprochen ist. Die vom Herausgeber gewählte thematische Eingrenzung erscheint mir gleichwohl zweckmäßig. Das Thema des Readers ist auch so derart weit gespannt, die vergleichende Analyse ohnehin methodisch und von der Datenlage her schwierig genug, daß den spezifischen Bedingungen und Problemen wirtschaftspolitischer Praxis in Ländern der Dritten Welt kaum befriedigend hätte Rechnung getragen werden können. Auch die Inkonsistenz, daß die jugoslawische Wirtschaftspolitik – statt in einem eigenen Länderbeitrag – in *Helmut Leipolds* Beitrag „Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Marktwirtschaften“ dargestellt ist und der Aufsatz von *Helmut Gröner* und *Alfred Schüller* – abweichend vom allgemeinen Gliederungsschema – auch die *Praxis* internationaler Wirtschaftspolitik behandelt, erscheint unwesentlich, zumal beide Beiträge hierdurch an Aussagekraft und Anschaulichkeit gewinnen. Schwerer scheinen mir zwei andere kritische Anmerkungen zu wiegen.

Zum einen wäre zu wünschen gewesen, daß sich die Autoren der Einzelbeiträge intensiver mit der (sich durch politische Institutionen und Prozesse vollziehenden) Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen in praktische Politik befaßt hätten. Der Herausgeber selbst hat hierzu in seinem einführenden Beitrag aufgerufen und Ansatzpunkte geliefert, beispielsweise wenn er das „Politikangebot“ – zumindest in demokratisch regierten Ländern – als Mittel beschreibt, „mit dem der Staat die durch Wähler, Parteien, Interessengruppen usw. an ihn herangetragene ‚Politiknachfrage‘ zu befriedigen versucht.“ (S. 13) Hierzu hätte es in den Länderbeiträgen der expliziten Thematisierung von Struktur und Funktionsweise wirtschaftspolitischer Willens- und Entscheidungsbildung und ihres Einflusses auf das Gestaltungsmuster staatlicher Wirtschaftspolitik bedurft, wenngleich dies zugegebenermaßen die ohnehin anspruchsvolle Aufgabe des Systemvergleichs zusätzlich erschwert und kompliziert hätte. So aber bleiben – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die meisten Länderbeiträge, insbesondere die der sozialistischen Staaten, bei einer enumerativen Beschreibung von Trägern staatlicher Wirtschaftspolitik stehen, ohne den Versuch zu unternehmen, deren Einflußmöglichkeiten und faktische Einflüsse im Prozeß wirtschaftspolitischer Willens- und Entscheidungsbildung zu verdeutlichen und für eine Erklärung der Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen in praktische Politik fruchtbar zu machen.

Zum anderen werden außenwirtschaftliche Ziele, Instrumente und Probleme in den Länderbeiträgen marktwirtschaftlicher Systeme doch zu sehr, in den Länderbeiträgen planwirtschaftlicher Systeme fast vollständig vernachlässigt, obwohl sich der

Grundlagenaufsatz *Gröners* und *Schüllers* primär nur mit der supranationalen, also eben nicht der nationalstaatlichen Außenhandels- und Währungspolitik befaßt. Angesichts der höchst unterschiedlichen Organisation und Ausgestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen marktwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen fehlt damit aber der „systemvergleichenden“ Analyse staatlicher Wirtschaftspolitik ein entscheidender Baustein, der gerade in den zurückliegenden Jahren angesichts der hinlänglich bekannten Verschuldungs- und Zahlungsbilanzprobleme vieler Länder ganz besondere Bedeutung erlangt hat.

Herausgeber und Autoren haben sich mit dem vorliegenden Studententext „Wirtschaftspolitik im Systemvergleich“ ein sehr anspruchsvolles Ziel gesteckt. Ihre Arbeit ist verdienstvoll und für Wissenschaftler und Praktiker gleichermaßen interessant. Der Band bietet nicht nur Grundlagenaufsätze, die wertvolle Anregungen auch und gerade für die weitere Forschung geben könnten. Er deckt im empirischen Teil auch ein breites und wohlüberlegtes Spektrum von Staaten ab und macht mit den Länderbeiträgen knappe und systematisch geordnete Informationen zu ausgewählten Bereichen der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik in verschiedenen Systemen und Epochen zugänglich, die eine rasche erste Orientierung des Lesers erlauben. Das Ziel eines *Systemvergleichs* der nationalen Wirtschaftspolitiken geht der Reader allerdings nicht an: Im Theorieteil werden „lediglich“ wirtschaftspolitische Konzeptionen ein und desselben Systemtyps verglichen; der Empirieteil „beschränkt“ sich auf eine übersichtliche und kompakte Zusammenstellung des länderspezifischen Rohmaterials für vertiefendes Lernen und Forschen. Angesichts der beim gegenwärtigen Stand unserer Wissenschaft erheblichen theoretischen, methodischen und empirischen Schwierigkeiten systemvergleichender Analyse ist aber schon dies viel und der Anerkennung wert.

P.-G. Schmidt, Mainz

*Soltwedel*, Rüdiger et al.: Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik (Kieler Studien, Bd. 202, hrsg. von Herbert Giersch). Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1986. XI, 326 S. Brosch. DM 63,-, Ln. DM 83,-.

*Soltwedel*, Rüdiger et al.: Zur staatlichen Marktregulierung in der Bundesrepublik. Verlag Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1987. XI, 118 S. DM 33,-.

Die Frage der Deregulierung durchzieht wie ein roter Faden die wirtschaftspolitische Diskussion der letzten Zeit. Hinter dem, was man gemeinhin als Deregulierung bezeichnet, steht eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Positionen, die ein marktwirtschaftliches Gütezeichen tragen. Lange wurde Wirtschaftspolitik mit Nachfragesteuerung gleichgesetzt. Je mehr diese makroökonomisch orientierte Nachfragepolitik sich als unwirksam erwies, desto mehr besann man sich wieder auf die Angebotsseite. Dabei stieß man rasch darauf, daß es in der Bundesrepublik wie in den anderen Industrieländern auch für die Antriebskräfte der wirtschaftlichen Entwicklung, nämlich für die individuellen Anstrengungen, eine ungewöhnlich große Fülle institutioneller und rechtlicher Hemmnisse gibt. In diesen Verkrustungen – so lautet das wichtigste Argument für eine ‚angebotsorientierte‘ Wirtschaftspolitik – liegt der Kern der heutigen Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme. Die gegenüber der Bundesrepublik günstigere wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten scheint dies zu bestätigen. Will man nun diesem wirtschaftspolitischen Kurs nicht nur mit schön klingenden Beteuerungen, sondern auch mit ‚Taten‘ folgen, muß man sich



Klarheit darüber schaffen, welche Hemmnisse des Angebotsprozesses sich angestaut haben und welche dieser Hindernisse es wegzuräumen gilt. Genau das ist das zentrale Anliegen der hier angezeigten Untersuchungen, nämlich „konkrete Hinweise darauf zu geben, wo mehr Raum für Deregulierung in der Bundesrepublik gegeben ist“, wo also „Deregulierung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig ist“ (1986, S. 2).

Zum Einstieg in ihr Vorhaben weisen die Autoren zu Recht darauf hin, daß der Schlüsselbegriff in der Deregulierungsdebatte im Wettbewerb zu suchen ist, und zwar in einem vorwärtstreibenden Wettbewerbsprozeß. Damit begreifen sie die Wettbewerbsordnung als Leitbild des marktwirtschaftlichen Bedingungsrahmens für ökonomische Entscheidungen und Handlungen der Wirtschaftssubjekte. Daraus ergibt sich ein nahtloser Anschluß an andere ordnungstheoretische und ordnungspolitische Analysen zur Marktwirtschaft. Der Wettbewerbsordnung stellen sie dann die Regulierung wirtschaftlicher Vorgänge gegenüber, unter denen sie die direkte hoheitliche Beschränkung der Gewerbe- und Vertragsfreiheit in bestimmten Wirtschaftszweigen verstehen, also die direkte staatliche Kontrolle von ökonomischen Aktivitäten der Marktteilnehmer. Deregulierungspotentiale bestehen demnach immer dann, wenn „die der Regulierung zugrunde liegenden Vorstellungen über den Marktprozeß oder seiner Ergebnisse unzutreffend und daher unbegründet sind“ (1986, S. 3). Als Grundlage für diese Prüfung stellen die Verfasser in einem kurzen Abriss die Theorie der Regulierung vor. Dabei arbeiten sie heraus, daß sich staatliche Eingriffe in den Marktprozeß nur in ganz wenigen Fällen rechtfertigen lassen, und zwar auch nicht bei sogenannten natürlichen Monopolen. Denn eine Regulierung verbaue nur die Chancen, daß die monopolistische Marktstellung aus dem Marktprozeß heraus bestritten wird. Bei ihrem Prüfungsverfahren gehen die Verfasser von der grundsätzlich überlegenen Leistungsfähigkeit wettbewerblicher Marktprozesse aus. Folglich erfordert jede Regulierung eine besondere Rechtfertigung, die auf ihre ökonomische Stichhaltigkeit hin zu überprüfen ist. Diese „Rechtfertigungsanalyse“ steht im Mittelpunkt der wohl begründeten Analyse, die die Arbeitsgruppe angestellt hat.

Diese Analyse stützt sich auf eine ausführliche Durchleuchtung und Darstellung des Regulierungssystems, die die Autoren in einem Ergänzungsband veröffentlicht haben (1987). Dieser Band informiert über die einschlägigen Rechtsvorschriften, zeigt die historischen Entwicklungslinien der Regulierungen auf, gibt Aufschluß über die Struktur der regulierten Märkte und enthält analytische Exkurse. Mit dieser gut aufbereiteten Veröffentlichung verfügen all jene über eine wichtige Fundgrube, die dem Interventionismus in der Bundesrepublik auf die Spur kommen möchten.

Die Arbeitsgruppe untersucht im einzelnen die Regulierungen selbständiger Tätigkeit, des Einzelhandels, der Finanzmärkte (Bank- und Versicherungswirtschaft, Wertpapiermärkte), des Kommunikationssektors, der Versorgungswirtschaft sowie der Verkehrsmärkte. Es verbietet sich, die zu den jeweiligen Regulierungssystemen umfassend und tiefgreifend vorgetragene Rechtfertigungsanalyse im einzelnen nachzuzeichnen. Vielmehr läßt sich nur festhalten, daß es den Verfassern überzeugend gelingt, die immer wieder zu hörenden Begründungen für die allermeisten staatlichen Markteingriffe zu widerlegen, anfangen von angeblich erforderlichen Behinderungen des Wettbewerbs über Regulierungen aus Gründen natürlicher Monopole, ruinöser Konkurrenz, externer Effekte oder asymmetrischer Informationen bis hin zu Interventionen aus sozialpolitischen und außerökonomischen Zwecken. Gestützt auf diese kritische Analyse zeigen die Autoren umsichtig abwägend im einzelnen auf, wie die Regulierung in den einzelnen Wirtschaftssektoren abgebaut werden kann, sei es durch mehr Wettbewerb in der Versorgung oder durch mehr Wettbewerb um die Versorgung. Die aufgedeckten Deregulierungspotentiale machen jedenfalls deutlich, in welch großem Ausmaß Markteingriffe die deutsche Volkswirtschaft belasten. Mit sel-

tener Klarheit und Konsequenz, jederzeit analytisch abgesichert, legt die Untersuchung der Arbeitsgruppe bloß, wie weit doch die deutsche Wirtschaftspolitik vom Leitbild der Wettbewerbsordnung abweicht. So sehr die eindrucksvollen und verdienstvollen Untersuchungen den politisch Interessierten überzeugen, so sehr bleibt es indessen fraglich, ob sie auch bei den politisch Verantwortlichen auf Gegenliebe stoßen.

H. Gröner, Bayreuth

Sen, Armatya: *On Ethics and Economics*. Basil Blackwell, Oxford 1987. XVI, 131 p. £ 14,95.

Sen ist vor allem bekannt als einer der führenden Theoretiker der Logik kollektiver Entscheidungen. Die drei in dem zu besprechenden Buch zusammengefaßten Vorträge enthalten allerdings keine entscheidungslogischen Analysen im Geiste Arrows, sondern vielmehr allgemeine methodologische Erwägungen zum angemessenen Verhältnis von Ethik und Ökonomik.

Zunächst wird das Verhältnis von ökonomischem Verhalten und moralischen Einstellungen – der Autor verwendet den klassischen Ausdruck der „moral sentiments“ – diskutiert. Nach dem Hinweis, daß die Ökonomik sich nicht nur ursprünglich wie nahezu alle wissenschaftlichen Einzeldisziplinen aus der Philosophie entwickelt hat, sondern bis in die jüngste Zeit an einigen traditionellen englischen Universitäten als Teil einer umfassenden Moralwissenschaft („moral science“) gelehrt wurde, werden zwei systematische Ursprünge der Ökonomik benannt. Zum einen wird auf die ethikbezogene Tradition verwiesen, die von der klassischen Frage nach dem guten Leben und den angemessenen Lebenszielen ihren Ausgang nimmt, zum anderen auf die technologische Sicht rationaler Praxis, die nach den besten Mitteln zur Erreichung gegebener Ziele sucht.

Der Verfasser plädiert insgesamt dafür, sich in der Ökonomik stärker jenen Fragen zuzuwenden, die systematisch der ersten Gruppe von Problemstellungen zuzurechnen sind. Dem technologischen Ansatz, den er auch als „logistisch“ bezeichnet, steht er insoweit kritisch gegenüber, als dieser einen Alleinvertretungsanspruch für die ökonomische Theoriebildung erhebt. Er geht davon aus, daß der technologische Zugang zur Moralwissenschaft eine Ergänzung des ethikbezogenen bilden kann, will ihn jedoch sowohl auf deskriptiv-erklärender als auch auf normativ-vorschreibender Ebene um bestimmte weitergehende Fragestellungen ergänzt sehen.

Dieses Bestreben bildet das Kernanliegen des gesamten Buches. Dabei erscheinen Sens Argumente dafür, das ökonomische Verhaltensmodell über rein instrumentelle Motivationen hinaus zu erweitern, als einleuchtend. Er glaubt jedoch fälschlich, mit seinen erklärungsbezogenen Argumenten zugleich nachgewiesen zu haben, daß die Ökonomik auch auf normativ-vorschreibender Ebene über die Grenzen instrumenteller Normrechtfertigungen hinausgehen und vom individualistischen Wertsubjektivismus Abstand nehmen müsse. Die weitere Diskussion innerhalb dieser Rezension beschränkt sich auf diese beiden Zentralthemen.

Sen akzeptiert, daß ein Individuum nichts anderes als seine eigenen Ziele zu verfolgen vermag. In einem bestimmten Sinne ist diese These, wie er feststellt, trivial wahr, da jedenfalls die Handlungsmotive dem Handelnden eigen sein müssen. Ethische Inhalte können als faktische Überzeugungen zum „eigenen“ Verhaltensmotiv werden. Damit werden sie jedoch keineswegs schon zu egoistischen Motiven. Ein Verhalten kann sinnvollerweise nicht schon deshalb egoistisch genannt werden, weil es den eigenen Motiven des Handelnden folgt. Da dann unterschiedslos alles Verhalten de-



finitorisch egoistisch würde, verlöre der Begriff des „egoistisch motivierten Verhaltens“ alle Unterscheidungskraft und wäre wertlos.

Sen räumt ein, daß das individuelle Eigeninteresse häufig von größter realer Bedeutung ist. Er betont jedoch zugleich, daß es deshalb noch keineswegs der allein ausschlaggebende motivationale Faktor sein muß: „The real issue is whether there is a plurality of motivations, or whether selfinterest *alone* drives human beings.“ (S. 19) Der Verfasser arbeitet diesen zentralen Streitgegenstand methodologischer Diskussionen der Ökonomik im ersten und dritten Kapitel seines Buches umfassend und klar heraus. Man vermißt allerdings auch bei ihm eine Behandlung der empirisch entscheidenden Folgefrage nach der Spezifikation von Umständen, unter denen eher selbstinteressierte bzw. eher vom Eigeninteresse abweichende Motivationen zu erwarten sind.

Im zweiten Kapitel argumentiert der Autor, daß die Deutung der Nutzenfunktion als Repräsentation beliebiger Zielordnungen für erklärende Zwecke nicht weiterhilft. Wenn man unter den Nutzenbegriff faßt, was immer die Individuen maximieren, dann handeln sie zwar, *als ob* sie den Nutzen maximierten, nicht jedoch *um* den Nutzen zu maximieren. Die Nutzenfunktion repräsentiert gleichsam stenographisch individuelle Motivationen, ist aber selbst nicht Teil des Motivationssystems.

Zur Illustration der Vorgehensweise Sens mag ein Argument dienen, das er in Kategorien interdependenten Zielverfolgung in Gefangenen-Dilemma-Situationen formuliert (vgl. v. a. 85 ff.). Aus seiner Sicht ist es de facto möglich, daß Individuen über die direkt in der Situation vorhandenen Anreize hinaus auf einer höheren Ebene – etwa aus Einsicht in die Struktur des Dilemmas – das Motiv entwickeln können, eine Regel zu befolgen, die die Abweichung von der individuell dominanten Strategie nahelegt. Daß die Regel durch Akzeptanz zum „eigenen“ Motiv wird, heißt nicht, daß man das regelgeleitete Verhalten als selbstinteressiert ansehen müßte. Er geht ebenfalls davon aus, daß eine einfache Abänderung der Nutzenfunktionen, die das Dilemma zum Verschwinden brächte, zwar möglich wäre, den motivationalen Sachverhalt jedoch eher verschleiern als erhellen würde.

Sens Argumente gegen eine rein instrumentelle Motivation menschlichen Verhaltens erscheinen, jedenfalls aus der Sicht des gegenwärtigen Rezensenten, als überzeugend. Auf deskriptiv-erklärender Ebene könnte daher eine Rückbesinnung auf die über das Modell eines Homo oeconomicus hinausgehenden Erklärungsmuster etwa der klassischen Moralwissenschaft eines Adam Smith oder eines David Hume von großem Nutzen für die Ökonomik sein. Es könnte jedoch nach wie vor der Fall sein, daß sich auf normativer Ebene rational nur Zweck-Mittel-Relationen diskutieren und damit ausschließlich hypothetische Imperative kluger Interessenwahrung rechtfertigen lassen. Selbst wenn Individuen im Gegenstandsbereich der ökonomischen Theorie *glauben* sollten, daß es etwa kategorisch, also unabhängig von ihren faktischen Zielen gerechtfertigte Verhaltensnormen gibt, könnten sie damit einem systematischen Irrtum erliegen.

Die zweite Stoßrichtung der Argumentation Sens richtet sich nun gerade darauf, daß die Ökonomik sich für solche normative Fragestellungen öffnen soll, die über die Lösung von Extremierungsaufgaben hinausgehen, da sie sich mit bloß instrumenteller Vernunft in der Verfolgung gegebener Ziele nicht bewältigen lassen. Kritik an der Reduktion der Ökonomik auf eine Analyse von Extremierungsaufgaben ist schon häufig und von verschiedener Seite geübt worden. Die Kritik Sens weist jedoch recht spezifische Eigenheiten auf, die sich am besten im Vergleich mit den ganz anders gearteten Einwänden strikter methodologischer Individualisten und Wertsubjektivisten gegen das neo-klassische Forschungsprogramm erschließen. Der Kontrast zwischen der Position Sens und der James Buchanans kann hier als Leitfaden dienen.

Buchanan geht es darum, die Tradition der britischen insbesondere schottischen Moralisten des Aufklärungszeitalters wiederzubeleben und institutionelle und konstitutionelle Fragestellungen erneut in das Zentrum der Ökonomik zu stellen. Es gibt keine kollektive Zielfunktion, die „wir“ maximieren könnten. Aus der individualistischen Sicht Buchanans ist die Annahme eines Kollektivsubjektes bzw. genuin kollektiver Präferenzen sowohl in erklärend-deskriptiver wie in vorschreibend-präskriptiver Hinsicht systematisch verfehlt. Letztlich sind allein die Ziele von Individuen dafür ausschlaggebend, was geschehen wird, aber auch dafür, was geschehen soll. Die Frage danach, wie „wir“ leben sollen, reduziert sich auf die Frage nach den Institutionen, die individueller Zielverfolgung am besten dienen. Diese Institutionen dürfen deshalb nicht als Analogautomaten zur Realisierung einer kollektiven Maximierungsbestrebung angesehen werden.

Diese Sicht Buchanans findet ihren Ausdruck darin, daß er sich mit seinen normativen Vorschlägen weder an einen wohlmeinenden Staat noch an einen wohlmeinenden Despoten, sondern an den individuellen Bürger wendet. Gegenüber dem Bürger, der unter einer Institutionsordnung leben muß, bleiben die Vorschläge Buchanans im Senschen Sinne technologisch. Die subjektiven Ziele des Bürgers werden als gegeben hingenommen. Die Moralwissenschaft im allgemeinen und die Ökonomik im besonderen können an den letzten individuellen Zielen jener Subjekte, an die sie ihre normativen Vorschläge richten, keine Kritik üben. Insofern findet in der neuen „constitutional economics“ eine prinzipielle, begründungstheoretisch relevante Erweiterung der Ökonomik nicht statt.

Gegen den individualistischen Ansatz hat Sen in anderen Schriften Einwände erhoben, indem er auf normativer Ebene an dem Konzept der *kollektiven* Präferenz festzuhalten suchte. Dieser Punkt spielt implizit an verschiedenen Stellen des Buches erneut eine Rolle, ohne daß den bekannten grundsätzlichen Einwänden gegen überindividuelle Präferenzen mit neuen Argumenten begegnet würde. Deshalb reicht es an dieser Stelle aus, sich auf das Kernproblem einer über Zweck-Mittel-Beziehungen hinausgehenden Normrechtfertigung zu beschränken.

Generell muß man dazu feststellen, daß die von Sen angestrebte grundsätzliche Erweiterung des Problembereiches der Ökonomik nur dann guten Sinn macht, wenn man den ethischen Subjektivismus bzw. Skeptizismus ablehnt. Denn der begründungstheoretische ethische Non-Kognitivismus, der sich mit dem Subjektivismus und Skeptizismus verbindet, geht ebenfalls davon aus, daß als normativ-ethische Fragestellungen nur Zweck-Mittel-Beziehungen rationaler Analyse zugänglich gemacht werden können. Von diesem Standpunkt aus ist nicht nur die Ökonomik sondern auch die Ethik auf den Bereich instrumenteller Vernunft beschränkt. Dann wachsen Ökonomik und Ethik zwar wie von Sen gewünscht zusammen, jedoch nicht, indem sich die Grenzen normativ-ökonomischer Argumentation zur Ethik hin erweitern, sondern dadurch, daß sich beide Disziplinen in den gleichen engen Grenzen einer letztlich Hobbesianischen subjektivistischen Sozialtheorie wiederfinden. Auch nach der Lektüre des überaus anregenden und lesenswerten Werkes von Sen kann man, wie der gegenwärtige Rezensent, dieser Sicht weiterhin anhängen.

Das Buch enthält einen Autoren- und einen Sachwortindex, sowie eine umfangreiche Literaturliste.

H. Kliemt, Frankfurt a. M.



*Scheuer, Markus: Zur Leistungsfähigkeit neoklassischer Arbeitsmarkttheorien. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1987. 172 S. DM 35,-.*

Was – noch ein Buch über neoklassische Arbeitsmarkttheorien? Angesichts einer reichen, kaum noch überschaubaren Literatur zu diesem Thema könnte ein solcher Stoßseufzer nur dann zu einem freudigen Ausruf werden, wenn das Buch neue Einsichten auf theoretischer und/oder empirischer Ebene zu vermitteln imstande ist. Zumindest wäre aber eine Übersicht zu fordern, die den heutigen Stand des Wissens reflektiert.

Das Motiv des Autors, einige neoklassische Arbeitsmarkttheorien einer erneuten kritischen Würdigung zu unterziehen, beruht auf den seiner Ansicht nach unbefriedigenden Aussagen dieser Theorien über das Arbeitsmarktgeschehen. Dieser Tatbestand basiert nun wiederum nach Scheuer auf zwei essentiellen Bausteinen dieser Ansätze, nämlich „das ökonomische Rationalitätsprinzip und die Behauptung, daraus ergebe sich ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt“ (S. 11). Ziel des Buches ist es, beide Behauptungen getrennt zu überprüfen.

Zur Überraschung des Lesers beginnt der Test mit einer ausführlichen Wiedergabe der Grundgedanken der Theorie segmentierter Arbeitsmärkte. Scheuer's erfolgreicher „Test“ besteht darin, zu zeigen, daß auch die Gegner der Neoklassik – also die Segmentierungstheoretiker – das Rationalitätsprinzip bemühen müssen. Soweit so gut; das wußten wir bereits. Aber die Behauptung, das Rationalitätsprinzip sei unbrauchbar läßt sich wohl nicht zwingend mit dem Argument widerlegen, konkurrierende Theorien basierten ebenfalls auf dieser Hypothese. Ein Gegner des Rationalitätsprinzips würde vermutlich entgegnen, daß man eben noch nicht so weit sei, eine Alternativtheorie formuliert zu haben, ein in der Wissenschaft nicht unüblicher Zustand.

Das zweite Kapitel setzt sich zum Ziel, einen theoretischen Test der Gleichgewichtstendenz der Neoklassik durchzuführen. Nachdem der „Test“ auf Rationalität zugunsten der Neoklassik ausgegangen ist, hat hier die Neoklassik natürlich einen schweren Stand. Bekanntlich liegt die Schwäche der Neoklassik in dem zur Debatte stehenden Fragenkomplex darin, daß es ihr bisher kaum gelungen ist, das Faktum Arbeitslosigkeit mit rationalem Verhalten der Wirtschaftssubjekte aus theoretischer Sicht in Einklang zu bringen. Auch die im Buch behandelten Effizienzlohnmodelle haben zwar den Nachweis erbracht, daß Lohnrigiditäten rational sein können, nicht aber Arbeitslosigkeit, die auch im Rahmen effizienzlohntheoretischer Überlegungen vermieden werden kann.

So gesehen, wäre der Autor vielleicht gut beraten gewesen, wenn er seinen ersten Gedanken – die kritische Würdigung des Rationalitätsprinzips im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit – weiter verfolgt hätte und die modernen Auseinandersetzungen, warum Rigiditäten rational sein können, intensiver diskutiert hätte, und zwar nicht nur auf deren theoretischem Hintergrund, sondern auch unter Berücksichtigung der institutionellen Regelungen in der Bundesrepublik. Selbstverständlich würde dazu auch eine Analyse von Preisrigiditäten gehören. Höchst verdienstvoll wären in diesem Zusammenhang auch empirische Tests (seitens des Autors) gewesen. Nach einer Analyse diverser Rigiditäten hätte dann die Frage diskutiert werden müssen, ob aus einer Vereinbarkeit von rationalem Verhalten mit Rigiditäten schon – wie oben erwähnt – folgt, daß auch Arbeitslosigkeit rational ist. Als Rahmen für eine solche Diskussion hätte sich u. a. ein Vergleich neuerer Entwicklungen in der Makroökonomik angeboten. Stattdessen unterzieht Scheuer in diesem Kapitel nacheinander die Humankapital-, Such- und Kontrakttheorie einer mehr oder weniger kurzen Betrachtung. Äußerst fleißig zitierend kommt der Verfasser indessen auch hier nicht zu Erkenntnissen, die nicht allgemein bekannt sind.

Das dritte Kapitel widmet sich – etwas unvermittelt – den neuerdings stark diskutierten Effizienzlohnmodellen. Die dargebotene ordentliche Übersicht teilt das Schicksal von Surveys, die in der aktuellen Diskussion befindliche Sachverhalte darstellen, nämlich binnen kurzer Frist veraltet zu sein. Dies ist natürlich nicht dem Autor anzulasten, aber der Survey von Stiglitz im *Journal of Economic Literature* (1987) dürfte dann doch eine starke Konkurrenz darstellen. Wenn in diesem Kapitel auch das Problem Arbeitslosigkeit und Rationalität ansatzweise diskutiert wird, so wäre eine vertiefte Behandlung wünschenswert gewesen.

Insgesamt gesehen hat das Buch die erste eingangs gestellte Anforderung nicht, die zweite bedingt erfüllt. Die Darstellung selbst ist rein verbal, dabei etwas weitschweifig und durch die ständigen (langen) wörtlichen Zitate ermüdend. Einige Zeichnungen hätten das Verständnis sicherlich erleichtert.

W. Franz, Stuttgart

*Buchner, Robert: Finanzwirtschaftliche Statistik und Kennzahlenrechnung. Verlag Franz Vahlen, München 1985. X, 430 S. Geb. DM 72,-.*

Mit dem vorliegenden Buch wendet sich Buchner an Studierende der Betriebswirtschaftslehre und an interessierte Praktiker. Die Zielsetzung seines Werkes ist es, Kenntnisse auf drei Hauptarbeitsgebieten der finanzwirtschaftlichen Kennzahlenrechnung zu vermitteln: (1) der Kennzahlen und Kennzahlensysteme, (2) der mathematisch-statistischen Verfahren der Kennzahlenbildung und (3) der Informationsprobleme der finanzwirtschaftlichen Kennzahlenrechnung.

Dieser Zielsetzung entsprechend ist das Buch in drei Hauptteile gegliedert. Sie sind so abgefaßt, daß „sie zwar in einem inneren Zusammenhang stehen, aber aus sich heraus verständlich sind“ (Vorwort).

Der erste Hauptteil (S. 1 - 54) betrifft finanzwirtschaftliche Kennzahlen und Kennzahlensysteme. Eine knappe Einleitung enthält die dieser Arbeit zugrundeliegende inhaltliche Beschreibung einer Kennzahl und die an sie gestellten Anforderungen. Zunächst werden dann Einzelkennzahlen zur Analyse der Ertrags- und der Finanzkraft in ihrer Vielfalt dargestellt. Hervorzuheben ist die differenzierte Darstellung der Analysebereiche und der ihr zuzuordnenden Kennzahlen. Schwerpunkt der Darstellung der finanzwirtschaftlichen Kennzahlensysteme bilden die zahlenlogisch-analytischen Kennzahlensysteme. Die sachlogisch-analytischen und synthetischen Kennzahlensysteme werden kürzer abgehandelt.

Der zweite Hauptteil (S. 58 - 367) ist seitenmäßiger Schwerpunkt. Er befaßt sich mit den mathematisch-statistischen Verfahren der finanzanalytischen Kennzahlenbildung und -auswertung. Zunächst werden die zentralen Begriffe der Statistik in verständlicher Form erläutert. Sie dienen als Grundlage zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen. Die Darstellung der Verfahren der Kennzahlenbildung erfolgt dann getrennt nach generierenden und nach unterscheidenden Verfahren.

Die generierenden Verfahren (S. 58 - 298) bieten dem Leser nicht nur eine Einführung in die Statistik. Dabei sind vertiefende Ausführungen zu den einzelnen Darstellungen vor allem in den z. T. sehr ausführlichen Fußnoten zu finden. Dies erleichtert dem Leser, der sich zunächst einen ersten Überblick über die Vielfalt der statistischen Methoden verschaffen will, das Studium dieser Grundlagen erheblich. In diesem Teil finden sich jedoch kaum Querverweise zu den Kennzahlen und Kennzahlensystemen.



Der Teil II.B (unterscheidende Verfahren, S. 298 - 367) präsentiert dem Leser einerseits die Verfahren der Klassifikation und andererseits stellt er den Zusammenhang zwischen diesen Verfahren und der Kennzahlenrechnung her. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, daß Buchner seine Ausführungen mit durchgehenden Zahlenbeispielen und Graphiken sehr gut verdeutlicht. Auch in diesem Teil sind wieder vertiefende Hinweise und weiterführende Literaturangaben in den Fußnoten zu finden.

Im dritten Hauptteil (S. 369 - 411) werden die Informationsprobleme der finanzwirtschaftlichen Kennzahlenrechnung bearbeitet. Buchner schildert nur kurz die Probleme der finanzanalytischen Datenbeschaffung. Der besonderen Bedeutung entsprechend wäre eine ausführlichere Behandlung dieses Themas zu wünschen. Umfangreicher dargestellt werden die Probleme der finanzanalytischen Datendarstellung. Diese knüpfen direkt an die generierenden mathematisch-statistischen Verfahren an.

Das vorliegende Buch bildet für die Einarbeitung in das Thema der finanzwirtschaftlichen Analyse eine umfassende Grundlage. Der Leser findet zu den deutlich gegliederten Themenbereichen jeweils eine Fülle von Detailinformationen. Die wichtigsten Begriffe und zentralen Aussagen sind didaktisch so aufbereitet (Fettdruck), daß dem noch nicht sachkundigen Leser die Einarbeitung in die Vielzahl der Kennzahlenrechnungen und statistischen Methoden erleichtert wird. Diesem Zweck dient auch die Verbannung der inhaltlichen Vertiefungen in die Fußnoten.

Zur Abrundung des Themas wäre eine vergleichende Diskussion der Aussagefähigkeit der vorgestellten Kennzahlen und Kennzahlensysteme sehr wünschenswert gewesen, die insbesondere auf die unterschiedliche Zwecksetzung der potentiellen Anwender (Anlageberater, Kreditinstitute und Unternehmensleitung) abstellt. Dies würde auch dem noch nicht sachkundigen Leser eine Auswahl eines Analyseinstrumentariums aus der Fülle der vorgestellten Alternativen erleichtern.

Insgesamt bildet Buchner mit seinem Werk eine umfassende Grundlage der finanzwirtschaftlichen Statistik und Kennzahlenrechnung, die nicht nur als Einführung, sondern auch als Nachschlagewerk sehr zu empfehlen ist.

W. Delfmann, Frankfurt a. M.

*Böbel, Ingo: Wettbewerb und Industriestruktur. Industrial Organization – Forschung im Überblick (Studies in Contemporary Economics, Vol. 6). Springer Verlag, Berlin – Heidelberg – New York – Toronto 1984. 350 S. DM 58,-.*

1970 veröffentlichte Leonard Weiss seinen Überblick über die empirischen Forschungen in dem von Intrilligator herausgegebenen Band „Frontiers of Quantitative Economics“. Damals konnte Weiss noch befriedigt feststellen, daß zwar manches noch gründlicher zu erforschen sei, daß jedoch die Beziehungen zwischen der Konzentrationsrate, den Marktschranken (und weiteren Variablen) sowie der Gewinnrate sehr gut erforscht seien. Damals breitete sich in der Industrieökonomik eine Übersättigung mit derartigen empirischen Studien aus, bis um 1973 Brozen, Demsetz und Peltzmann von Chicago die herrschende Lehre mit skeptischen Fragen und abweichenden empirischen Befunden in arge Selbstzweifel stürzten. Die meisten Industrieökonomien reagierten darauf mit einem Auszug aus der empirischen Forschung, sie wandten sich der Neuentwicklung von mathematisch zunehmend komplexeren Modellen zu, wo wettbewerbspolitische Schlußfolgerungen sofort auf der Basis des theoretischen Ansatzes gezogen wurden. Erst neuerdings mehren sich die Anzeichen für eine Renaissance der empirischen Industrieökonomik.

Das Buch von Böbel kommt demnach zu einem kritischen Zeitpunkt an die Leser. Es verfolgt noch die recht wenigen empirischen Arbeiten, die als Antwort auf die Herausforderung seitens Chicagos im Sinne der „alten“ Forschungsmethodik durchgeführt worden sind. Alle empirischen Arbeiten werden entsprechend ihrer spezifischen Fragestellung unter allgemeineren Aspekten gesammelt, in ihrer Methodik dargestellt und nach einem sehr übersichtlichen Raster einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Zugleich gibt der Autor jedoch auch eine Einführung in die Theorie der Industrieökonomik, so daß auch der gebietsfremde Leser rasch Zugang zu den empirisch geprüften Fragestellungen erhält. Diese Art Industrieökonomik wird zwar in wenigen Jahren von theoretisch und empirischen Neuansätzen abgelöst werden – vergleichbar etwa der Art, mit der Joe Bains Buch „Industrial Organization“ um 1970 von Scherers Buch „Industrial Market Structure and Economic Performance“ abgelöst wurde. Aber die „alten“ Fragestellungen und Probleme wird jeder kennen müssen, der die „neuen“ Ansätze voll verstehen will. Böbel führt den Leser bis mitten in die Chicago Kontroverse und darüber hinaus, er führt ihn also bis dorthin, wo die Neue Industrieökonomik die Fäden wiederaufgreift.

Es ist eine gelungene Führung durch „Altes“, und eine Stimulierung zur Suche nach „Neuem“.

E. Kaufer, Innsbruck

Wittmann, Walter: Der Steuerstaat. Die Ausbeutung der Fleißigen. Wirtschaftsverlag Langen-Müller / Herbig, München 1986. 254 S. Ln. DM 32,-.

Spätestens seit den Feierlichkeiten zu Schumpeters 100. Geburtstag wird die „Krise des Steuerstaates“ wieder – je nach Standpunkt – befürchtet, gewünscht oder auch einfach nur festgestellt. Wie bei kaum einem anderen Thema gehen dabei wissenschaftliche Analysen und Ideologien ineinander über. Das vorliegende Buch von W. Wittmann macht schon im Untertitel klar, was es mit dem Steuerstaat auf sich hat: „Die Ausbeutung der Fleißigen“.

Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Buch in erster Linie für die wissenschaftliche Öffentlichkeit geschrieben wurde. Insofern wäre es sicherlich ungerecht, würde man bei der Rezension allzu strenge (finanz-)wissenschaftliche Maßstäbe anlegen. Im wesentlichen handelt es sich wohl um die erweiterte Fassung von Ausführungen, die Wittmann zuvor in der FAZ, der Welt am Sonntag und anderen Organen präsentiert hat. Trotzdem erscheint es angebracht, das Vorgehen und einige der Thesen Wittmanns aus finanzwissenschaftlicher Sicht zu kommentieren. Denn laut Umschlagtext ruft er „zu einer marktwirtschaftlichen Steuer-Revolution auf“ und zeigt konkret, „wie ein Staat sich zu finanzieren hat, der sich auf die Marktwirtschaft beruft“. Das macht natürlich neugierig. Da explizit darauf hingewiesen wird, daß Wittmann ordentlicher Professor für öffentliche Finanzen ist, kann außerdem der Hinweis nicht schaden, daß das methodische Vorgehen und die inhaltlichen Positionen des Autors gerade auch in der Finanzwissenschaft und selbst unter Berücksichtigung der populärwissenschaftlichen Darstellungsweise auf eine gewisse kritische Distanz stoßen dürften.

Beginnen wir mit Wittmanns Überlegungen zu den Gründen für die ‚Krise des Steuerstaates‘. Ursache allen Übels war der Weg in den Wohlfahrtsstaat. „Wer den wohlfahrtsstaatlichen Weg fortsetzt, dem droht zuerst die Stagnation und später der Niedergang“ (8). Für die meisten Industrienationen dürfte es allerdings schon fast zu spät sein, denn in „den neunziger Jahren ist es ... soweit: Staatsbankrotte können nicht mehr vermieden werden“(144).



Steuerstaat – Wohlfahrtsstaat – Staatsbankrott, diese Assoziationskette findet sich in fast jedem Kapitel. Dem Untergang kann nur entgehen, wer die von Wittman propagierte „marktwirtschaftliche Reform des Steuerstaates“ (229) vollzieht als Voraussetzung für „mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand“ (229).

In dieser Besprechung soll keine zusammenfassende Darstellung des nach eigenem Bekunden „bis in die Details hinein“ (241) ausgearbeiteten Entwurfs „einer Wende in der Finanzierung des Staates“ versucht werden. Der interessierte Leser sei auf die entsprechenden Kapitel des Buches verwiesen oder auf die etwas konzentriertere Kurzfassung in einem von der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Band „Steuerpolitik für die Soziale Marktwirtschaft“ (1986). Interessanter erscheint mir eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise, in der Wittman seine wichtigsten Thesen begründet. Dabei kann man einigen Punkten seiner Krisen-Diagnose durchaus zustimmen – ohne jedoch die von ihm gezogenen Schlußfolgerungen zu teilen. Desgleichen dürften einige Vorschläge seiner marktwirtschaftlichen Steuerreform weitgehend unstrittig sein – ohne daß man Notwendigkeit oder Sinngehalt seiner Therapie insgesamt akzeptieren müßte. Über andere Kritikpunkte und Empfehlungen könnte man zumindest trefflich streiten – wobei allerdings die von Wittmann vorgebrachten Argumente oft genug verwundern. Bei einer letzten Kategorie von Urteilen und Empfehlungen schließlich scheint die Grenze zum radikal konservativen Agit-prop überschritten – diese Passagen sprechen weitgehend für sich selbst.

Nun wird eine kritische Auseinandersetzung schon allein dadurch etwas erschwert, daß auf präzise Definitionen der zentralen Begriffe ‚Steuerstaat – Wohlfahrtsstaat – Staatsbankrott‘ bewußt verzichtet wird. Begründet wird dies damit, daß es „nicht so sehr um Definitionen, sondern um faktische Entwicklungen“ (128) geht. Betrachten wir also diese ‚faktischen Entwicklungen‘, zunächst einmal auf der Ausgabenseite. Im sechsten Kapitel wird der Leser darüber informiert „Was der Staat mit seinen Steuergeldern macht“ (55). Und da gab und gibt es in der Tat einiges zu bemängeln: Wer (außer den Betroffenen) stimmt nicht mit Wittmann darin überein, daß die Kostenexplosion im Gesundheitswesen besorgniserregend ist, die Subventionen an die Landwirtschaft und andere Bereiche zu allokativen Fehlentwicklungen führen, „Lehrerberge“ (60) ebenso unerwünscht sind wie „Butter-, Käse- und Fleischberge“ (63) usw. Bei anderen Ausgabenkategorien hätte man allerdings gerne genauere Belege; so, wenn behauptet wird, daß die „Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten laufend“ zunimmt (69). Zumindest für die Bundesrepublik müßte man doch differenzierter argumentieren. 1985 war z.B. der Personalbestand in den öffentlichen Verwaltungen aller Gebietskörperschaften niedriger als 1981, derjenige in den Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Krankenhäuser usw.) sogar niedriger als 1979 (Finanzberichte, Übersicht 11) und in den Jahren vorher waren die Wachstumsraten eher bescheiden. Auch stimmt es nicht, daß der „Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben des Staates ... seit Jahrzehnten rückläufig ist“ (68). Im letzten Jahrzehnt (von 1977 - 1986) ist der Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes in der Bundesrepublik in etwa konstant geblieben, zwischen 1979 und 1986 sogar jeweils leicht angestiegen. (Finanzberichte, Tabelle 3). Ähnliches gilt für die USA, wo dieser Anteil zwischen 1976 und 1985 von 24.1 auf 26.7 Prozent zunahm. Tatsache ist im übrigen, daß der Anteil der Ausgaben aller Gebietskörperschaften am Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik ebenso wie in vielen anderen Industrienationen in den letzten Jahren leicht gesunken ist. Möglicherweise gibt es Gründe für die Ansicht, daß eine noch weitergehende Absenkung des Staatsanteils wünschenswert wäre; aber Wittmanns Behauptung, daß „diese Ausgabenpolitik ... auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit und damit in den Staatsbankrott“ führt (146), erscheint nun doch nicht so recht plausibel. Dessen ungeachtet kann man einige

Rezepte seiner „Schlankheitskur für den Steuerstaat“ (146) ohne weiteres empfehlen. Wer würde nicht so allgemeine Forderungen unterstützen wie: „Überflüssige Sozialleistungen sind abzubauen, Mißbräuche im Wohlfahrtsstaat konsequent zu bekämpfen“ (154)? Umstritten dürften dagegen z.B. die Forderungen nach Aufhebung des Beamtenstatus sein (157) oder nach einem Verzicht auf (nominelle) Einkommenserhöhungen für den öffentlichen Dienst, „bis der Staat seinen Haushalt wieder ausgeglichen hat“ (160). Schließlich ist nicht so recht einzusehen, warum die Landesverteidigung Priorität vor allen anderen Staatsaufgaben haben sollte (148). Aber Wittmann scheint von seinem Plädoyer für höhere Militärausgaben so überzeugt, daß er noch im nächsten Abschnitt gleich zweimal betont, daß der Staat seine Aufgaben unter Effizienz- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten tätigen soll. Und eigentlich läßt nur der vorhergehende Hinweis auf die staatliche Allokations- und (Re-)Distributionsfunktion vermuten, daß es richtig doch wohl verteilungspolitisch heißen sollte.

Grundsätzlich analoge Anmerkungen könnte man auch zu Wittmanns Ausführungen zur Staatsverschuldung und dem seiner Meinung nach kurz bevorstehenden Staatsbankrott machen. Eine Reihe von Aussagen und Empfehlungen ließe sich unter bestimmten Bedingungen theoretisch durchaus rechtfertigen. So gehört die Lastverschiebungsdiskussion seit langem zum Standardrepertoire finanzwissenschaftlicher Lehrveranstaltungen. Wittmann behandelt diesen Problemkreis unter der Überschrift „Der Schuldenstaat beutet künftige Generationen aus“ (120). Nur am Rande sei vermerkt, daß sich auch Bedingungen angeben lassen, unter denen die staatliche Nettokreditaufnahme zu keiner Belastung zukünftiger Generationen in Form eines geringeren Sozialprodukts pro Kopf führt. Auch dürfte Wittmanns goldene Regel der Staatsverschuldung „Schulden nur für rentable Investitionen“ (129) theoretisch nur unter ganz speziellen Annahmen begründbar sein, ganz zu schweigen von seiner Position zur Auslandsverschuldung: „Wer es nötig hat sich außerhalb des Landes zu verschulden, dem sollte man keinen Kredit geben“ (133). Bedauerlicherweise finden sich auch bei der Diskussion der Verschuldungsproblematik keinerlei finanzstatistische Daten, die Wittmanns Vermutungen belegen könnten. Und tatsächlich deuten die offiziellen Statistiken ja keineswegs zwingend auf reihenweise Staatsbankrotte in den neunziger Jahren hin. Betrachtet man etwa den Nettofinanzierungssaldo als Prozentsatz vom Bruttosozialprodukt, so ist seit Beginn der achtziger Jahre gerade in den typischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Schweden, aber auch in der Bundesrepublik, eine beträchtliche Verringerung eingetreten. Auch hat die Zinsquote, also der Anteil des Zinsendienstes an den Staatsausgaben, keineswegs so dramatisch zugenommen, daß der Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte ausgeschöpft wäre oder die Zahlungsunfähigkeit bevorstünde. Überhaupt sind Zweifel angebracht, ob der Wohlfahrtsstaat tatsächlich Ausgangspunkt und Ursache allen Übels ist. Zwar weist z.B. Schweden mit die höchsten Staatsausgabenquoten und Schuldenstandsquotienten auf, die Arbeitslosenquote (in v.H.) lag mit durchschnittlich etwa 3 % im letzten Fünfjahres-Zeitraum allerdings wesentlich niedriger als in den meisten anderen Industriestaaten. (Man vgl. dazu etwa die Übersichten zu den internationalen Finanz- und Wirtschaftsdaten in den jährlichen Finanzberichten.)

Offensichtlich kann also weder die theoretische Analyse noch die empirische Evidenz die These vom unausweichlichen Staatsbankrott stützen. Dementsprechend ist die Möglichkeit von Staatsbankrotten entwickelter Volkswirtschaften auch kaum ein Thema der wissenschaftlichen Diskussion. Wittmann teilt dem Leser aber dankenswerterweise mit, wer wesentlich zu dieser Debatte beigetragen hat: P. C. Martin mit seinem (im gleichen Verlag erschienenen) Buch: „Wann kommt der Staatsbankrott?“ (141). Zwar wird im gleichen Abschnitt unter Hinweis auf Domars Arbeit aus dem Jahre 1944 eingeräumt, daß der Staatsbankrott keineswegs zwangsläufig kommt.



Aber diese kurze wissenschaftliche Reminiszenz wird gleich wieder durch den Verweis auf das (im gleichen Verlag erschienene) Buch von P. C. Martin und W. Lüftl „Die Pleite“ relativiert, in dem die Autoren, den wirklichen und unwiderruflichen Lauf der Dinge‘ beschreiben. Nun könnte man in der Tat eine ganze Menge zu den Voraussetzungen und Ergebnissen des Domar-Modells sagen; ob aber „Die Pleite“ die beste Referenz ist, soll hier nur angezweifelt, jedoch nicht weiter verfolgt werden.

Nach diesen Anmerkungen dürfte kaum noch überraschen, daß Wittmann auch die „Grenzen der Besteuerung“ längst als erreicht ansieht. Ohne den Übergang zu einem marktwirtschaftlichen Finanziersystem „droht uns allen Zwang, Ungerechtigkeit und Armut“ (248). Dabei besteht das Problem nicht nur in ‚zu hohen‘ Steuern, das Problem liegt tiefer: „Die Steuern sind nichts anderes als Zwangsarbeit ... Zwangsarbeit ... verstößt gegen die Menschenrechte“ (34). Klar, daß unter diesen Umständen eine Umkehr in der Steuerpolitik angezeigt ist, die – auch wenn Wittmann selbst nicht darauf hinweist – in einer Reihe von Punkten bis zu den Anfängen dieses Jahrhunderts zurückreicht. Konzeptionell müßte der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen Steuersystem folgendermaßen aussehen: „Vom traditionellen Leistungsprinzipsprinzip muß ... Abschied genommen werden ... Es paßt zum sozialistischen Wohlfahrtsstaat“ (180/181). Stattdessen soll gelten: „... soviel Äquivalenzprinzip wie nur möglich“ (36). Wittmann sieht allerdings realistischerweise ein, daß über das Äquivalenzprinzip allein die staatlichen Aufgaben nicht zu realisieren sind. Deshalb spricht er sich für die Beibehaltung der Mehrwertsteuer aus, mit einem Zuschlag zur Finanzierung der Militärausgaben, der „jährlich nach dem Finanzbedarf des Verteidigungsministeriums festgelegt“ (200) wird. Auch die Einkommensteuer soll im Dienste der sozialen Absicherung beibehalten werden, allerdings mit linearem (indirekt progressivem) Tarifverlauf. Denn: „Die Progression ist die Wurzel allen Übels im modernen Steuerstaat ... Ihr Ziel ist der Sozialismus, nicht die soziale Marktwirtschaft“ (165). Dabei sollte ein Höchstsatz von 25 % in der Verfassung verankert werden (215), eine Marke, die Anfang des Jahrhunderts auch schon von Popitz gesetzt wurde. Ökonomisch begründet Wittmann seine Ablehnung der Steuerprogression mit dem Hinweis, daß aus dem über die Opfertheorien operationalisierten Leistungsprinzipsprinzip je nach Nutzenfunktion sowohl ein progressiver, als auch ein proportionaler oder sogar regressiver Tarifverlauf resultieren kann (43). Das ist zwar durchaus richtig; mit einiger Verwunderung nimmt man aber dann zur Kenntnis, daß Wittmann seine Forderung nach konstanten Grenzsteuersätzen letztlich gerade auf diese Opfertheorien zu stützen scheint: „Ein proportionaler Tarif ist nichts anderes als der Mittelweg zwischen der Progression und der Regression. Es ist nämlich durchaus möglich, daß der Nutzen von Einkommen ab einer gewissen Höhe nicht sinkt, sondern – sprunghaft – steigt“ (45). Dabei könnte gerade die neuere Besteuerungstheorie eine Reihe von Gründen gegen „zu hohe“ Grenzsteuersätze bieten. Und einem linearen Tarifverlauf kann unter Effizienz- und Verteilungsgesichtspunkten eine gewisse steuerpolitische Attraktivität gar nicht abgesprochen werden. Erstaunlich, daß Wittmann in diesem Zusammenhang die insbesondere von der Optimalsteuertheorie in den Vordergrund gestellten „leistungshemmenden Wirkungen“ von hohen Grenzsteuersätzen in bezug auf die Arbeits-, Spar- und Investitionsentscheidungen nicht einmal erwähnt. Die Anreizwirkungen von Steuern kommen bei Wittmann auf ganz andere, reichlich unkonventionelle Art und Weise ins Spiel: „Stimm- und Wahlrecht erhalten nur jene, die Steuern bezahlen ... Die Stimmabgabe könnte mit den bezahlten Steuern gewichtet werden ... Wer politischen Einfluß gewinnen möchte, der muß sich wirtschaftlich so anstrengen, daß er mehr Einkommensteuern bezahlen darf. Wer an der Politik weniger oder gar nicht interessiert ist, der wird sich entsprechend zurückhalten“ (167 - 169). Wie wär's also mit einer bundesweiten Neuauflage des preußischen Dreiklassenwahlrechts (1849/50 bis 1918)? Danach wurden die Wähler so

in drei Gruppen aufgeteilt, daß auf jede Gruppe zugleich ein Drittel des Steueraufkommens und ein Drittel der Wählerstimmen entfiel. Auf jede dieser Gruppen kam dann eine gleiche Anzahl von Wahlmännern, die wiederum eine jeweils gleiche Zahl von Abgeordneten wählten. Wer also auf merklichen politischen Einfluß aus gewesen war, hatte sich einfach etwas anstrengen müssen, um z. B. aus der rund 80 % der Wahlberechtigten umfassenden unteren Gruppe in die mit rund 4 % der Einkommensbezieher besetzte obere Gruppe ‚aufzusteigen‘. Auch auf den angesichts so weitreichender Reformentwürfe vielleicht etwas kleinlichen Hinweis auf gewisse demokratische Grundsätze hält Wittmann schon eine Antwort parat: „Diese Demokratie ist zu begrenzen, damit sie nicht in Ausbeutung ausartet und sich auf Dauer selbst zerstört“ (169). Dies scheint die geeignete Stelle für das Schlußwort zu sein.

Wittmann trifft mit seiner Forderung nach einem marktwirtschaftlichen Steuersystem sicherlich den Zeitgeist. Aber auch wenn man der konservativen Wendepolitik ein nur bescheidenes Maß an Sympathie entgegenbringt, ist man doch froh, daß sie nicht auf solche Begründungen und Rezepte angewiesen ist. Die Auseinandersetzung würde sonst einfach weitaus weniger Vergnügen bereiten.

W. Wiegard, Regensburg

Wulff, Manfred: Theorien und Dogmen als Ursachen wirtschaftspolitischer Probleme. Duncker & Humblot, Berlin 1985. 180 S. DM 68,—.

Ausgangspunkt des Verfassers ist die These, daß die Wirtschaftswissenschaft ihre Aufgabe bisher nicht befriedigend gelöst habe, „die Politiker über die Ursachen der wirtschaftspolitischen Probleme und die Möglichkeiten der Lösung dieser Probleme (zu) informieren“. Der Zweck seiner Analyse liege daher „in der Begründung von Zweifeln am Aussagewert der traditionellen Wirtschaftstheorie und in der Begründung von Hypothesen, die zu empirischen Untersuchungen und zu weiteren kritischen Analysen anregen sollen“ (S. 5). In diesem Sinn behandelt der Verfasser u. a. den Glauben an den „Geldschleier“, die antizyklische Konjunkturpolitik als Ursache wirtschaftspolitischer Probleme, die Schwächen der „ewig“ gültigen Theorie der rationalen Haushaltsplanung, das Dogma vom Nutzen des Wirtschaftswachstums für die individuelle Wohlfahrt und den Glauben an den Nutzen des kollektiven Erfolgstrebens.

Der Verfasser hält jedoch nur bedingt, was er verspricht. So wirft er der h. L. realitätsfremde Prämissen vor, unterstellt jedoch in seinen Modellen Annahmen, die ebenfalls nicht der Realität entsprechen. Ein Beispiel ist hierfür seine Modellannahme, daß „Ungleichgewichte auf den Märkten für Grundstücke und bereits bestehende Produktionsanlagen sowie auf anderen Märkten ohne kurzfristig wirksamen Ausgleichsmechanismus mit Ausnahme des Geldmarktes so unbedeutend sind, daß sie vernachlässigt werden können“ (S. 24). Das Auf und Ab der Grundstückspreise sowie die Kursschwankungen an den Aktienmärkten beweisen das Gegenteil.

Im zweiten Teil behandelt der Autor „das Versagen der Wirtschaftstheorie bei der Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung“, ohne zu definieren, was er unter wirtschaftlicher Entwicklung versteht und ohne die Prämissen aufzugeben, die schon bei der traditionellen Gleichgewichtstheorie Pate gestanden haben. Zwar erwähnt er gelegentlich Innovationen und die Entwicklung der Bedürfnisse, will aber „die tatsächliche Entwicklung mit einer ununterbrochenen Kette von Ungleichgewichtszuständen erklären“ (S. 54). Die Gossen'schen Gesetze bleiben daher in seiner Theorie uneingeschränkt gültig, obwohl sie ihre Aktualität weitgehend einbüßen, wenn und soweit herkömmliche Waren, deren Bedarf kurzfristig gesättigt ist, durch neuartige



Erzeugnisse verdrängt werden, deren Sättigungsgrad im Augenblick ihrer Marktreife noch gleich Null ist. Wenn Farbfernseher herauskommen, verliert der Markt für Schwarzweißapparate seine ökonomische Bedeutung.

Die „unrealistischen Annahmen der Keynesianer“ (S. 90) erklären nach Meinung des Verfassers den geringen Wert der Multiplikatortheorie, wobei er von allen Einwänden die größte Bedeutung der These beimißt, nach der diese Theorie mit Plangrößen und nicht mit realisierten Werten arbeite. Auf den Umstand, daß sich bei den keynesianischen Investitionen „a dwindling chain“ (Samuelson) ergibt, während sich infolge von Rationalisierungsinvestitionen privater Unternehmen die Produktivität dauernd erhöht, geht der Verfasser ebenso wenig ein wie auf die Gleichgewichtsprämissen des keynesianischen Modells.

Auch die wirtschaftspolitischen Vorschläge überzeugen nicht. So fordert er zwecks Ausschaltung von destabilisierenden Lohnerhöhungen eine „Lohnabgabe zugunsten der Unternehmen“, die von der Bundesbank so hoch festzusetzen ist, „daß sich keine Erhöhung der Lohnstückkosten . . . ergibt“ (S. 106). Ebenso soll „der Bundestag . . . mit Zustimmung des Bundesrates“ eine „Überstundensteuer“ einführen (S. 107).

Trotz aller Einwände bleibt die Abhandlung ebenso anregend wie interessant. Ihr Anliegen erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der neoklassischen Theorie und den in der Realität zu lösenden Problemen zunehmend sichtbar wird. Hierauf hingewiesen zu haben ist auch dann ein Verdienst, wenn ein überzeugender Neuansatz (noch) nicht gelungen ist. Für Studierende, wie der Verfasser meint, eignet sich allerdings diese Studie nicht.

H. Arndt, Waldems

*Senti*, Richard: GATT. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen als System der Welthandelsordnung. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1986. XV, 451 S. Fr. 72,-.

Der Autor hat mit dieser umfangreichen, im Januar 1986 fertiggestellten Studie die Schließung zweier Lücken bezweckt. Zum einen sei das GATT vor allem Gegenstand juristischer, und zwar völkerrechtlicher Werke. Dementsprechend bemüht sich Senti um eine in erster Linie ökonomische Analyse, ohne dabei die völkerrechtlichen Aspekte zu vernachlässigen. Zum anderen breche die GATT-Literatur in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, nach Abschluß der Kennedy-Runde und der mehrjährigen Phase des Handelsliberalismus, ab. Dieser anschließenden Phase, die durch interessante und komplexe Entwicklungen im GATT gekennzeichnet ist, will er also besondere Aufmerksamkeit schenken.

Sentis Buch ist zunächst an seinen Absichten zu messen. Tatsächlich spielen in bezug auf das GATT völkerrechtliche Werke eine große Rolle (Jackson, Dam), aber es gibt auch hervorragende ökonomische Werke (von Gerard und Victoria Curzon, Kock, Minx und anderen), die von Senti größtenteils auch zu Rate gezogen werden. Indessen besteht kein Zweifel, daß diese Schrift viele wichtige Entwicklungen im GATT einschließt, die in den anderen Werken noch nicht berücksichtigt werden konnten. Nach Auffassung des Rezensenten wird mit diesem Buch aber noch in einer weiteren Hinsicht eine Lücke geschlossen, indem nun erstmals ein – mit angelsächsischen Vorbildern vergleichbares – Standardwerk über das GATT in deutscher Sprache vorgelegt wird. Im Hinblick auf die ungenügenden Englischkenntnisse vieler Studenten – und nota bene auch Dozentenkollegen – ist dies zu begrüßen.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert, wobei das Schwergewicht auf den dritten Teil gelegt wurde:

ZWS 108 (1988) 2

1. Das GATT unter veränderten Umweltbedingungen
2. Das GATT als Institution
3. Das GATT als Welthandelsordnung
4. Die Zukunft des GATT

Es ist beachtlich, wie detailliert im dritten Teil des Buches alle wichtigen Abschnitte des GATT unter Zuhilfenahme von Primärquellen und einer umfangreichen wissenschaftlichen Literatur behandelt wurden. Dies ist auch notwendig, weil der eigenartige Gegenstand viel komplizierter als beispielsweise eine Staatsverfassung oder eine Theorie ist. Nur wenigen Ökonomen ist es wie Senti gelungen, einen ähnlich tiefen Einblick in das GATT zu gewinnen. Diesem Buch kann ohne großes Risiko vorausgesagt werden, daß es sich als Nachschlagewerk im deutschen Sprachraum durchsetzen wird.

Das Werk ist allerdings im höheren Maße juristisch als aufgrund der erklärten Absicht des Autors zu erwarten wäre. Dies läßt sich indessen aufgrund des Gegenstandes kaum vermeiden. Was die wirtschaftliche Analyse betrifft, so bezieht sich diese auf „reine“ Außenhandelstheorie und Theorie der Handelspolitik. So sehr die angestrebte Kombination von Völkerrecht und Wirtschaftsanalyse zu begrüßen ist, so ist letztere doch, wie mir scheint, etwas kurz gekommen. Wahrscheinlich ist auch dies fast unvermeidlich: Entweder kommt das GATT oder die Außenhandelstheorie zu kurz. Immerhin sind die wirtschaftlichen Analysen zu einigen wichtigen Fragen des GATT nützlich.

Die Ausführungen zur Vorgeschichte der unbedingten Meistbegünstigung und der Reziprozität erscheinen nach der Auffassung des Rezensenten allerdings ergänzungsbedürftig. Zwar ist es zutreffend, den GATT-Begriff der *unbedingten* Meistbegünstigung – vordergründig – auf Cordell Hull 1934 zurückzuführen, aber nirgends in dem Buch fand ich einen Hinweis darauf, daß dieses Konzept von England und anderen europäischen Ländern während des 19. Jahrhunderts gegen entschiedenen amerikanischen Widerstand vertreten worden war; in Europa ist also die tiefere Wurzel zu suchen. Es hatte lange gedauert, bis sich die USA vom Konzept der *bedingten* Meistbegünstigung abwandten; bis 1923, wie Senti später erwähnt. Entsprechend hatten die USA lange unter Reziprozität etwas ganz anderes verstanden als dies inzwischen im Rahmen des GATT üblich geworden ist; dies wird in dem Buch nicht deutlich gemacht. Mir scheint in dieser Hinsicht eine Unterscheidung zwischen *spezieller* Reziprozität (für die eigene Konzession auf einem Produkt wird beim Handelspartner eine Konzession auf einem bestimmten Produkt angestrebt), wie sie lange für die USA typisch war, und globaler Reziprozität zweckmäßig zu sein (gegenseitige Bereitschaft zum Abbau von Handelsschranken und zu Konzessionen, die insgesamt als einigermaßen gleichwertig erscheinen), wie sie im GATT eine große Rolle spielt. – Was die im GATT postulierte Liberalisierung (im strengen Sinne), d. h. die Beseitigung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen betrifft, habe ich trotz einer kurzen Erwähnung eine Würdigung der entsprechenden Bestrebungen der OEEC vermißt.

Die von Senti angeführten Gründe für das Scheitern der ITO, insbesondere den amerikanischen Unwillen über die von England gewünschten Ausnahmen vom Freihandel, finde ich nicht ausreichend. Albert O. Hirschman hat in seinem bedeutenden Werk „National Power and the Structure of Foreign Trade“, das von Senti nicht erwähnt wird, klarsichtig auf das zentrale Problem einer internationalen Handelsordnung hingewiesen: „If we want to turn from sterile alternatives between autarky and ‘economic penetration’ to the achievement of international economic collaboration, the exclusive power to organize, regulate, and interfere with trade must be taken away from the hands of single nations. It must be transferred to an international authority able to exercise this power as a sanction against an aggressor nation.“ So



wie die UNO entgegen ursprünglichen Absichten der USA nicht mit genügend Kompetenzen ausgestattet wurde, so war auch die ITO, die ebenfalls weitgehende Kompetenzen erhalten sollte, zum Scheitern verurteilt. Die institutionelle Schwäche des GATT ist also nur das Abbild der prekären institutionellen Ordnung unseres Staatensystems.

Richard Senti ist zuzustimmen, wenn er Zweifel äußert, inwieweit die „Bevorzugung“ der Entwicklungsländer im GATT echt ist bzw. ihnen wirklich zum Vorteil gereicht. Wenn aber der Autor darüber hinaus kritisch anmerkt, daß das GATT in seiner heutigen Form keinen beachtenswerten Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt leiste (S. 325), würde man sich vom Autor einen konkreten Hinweis erwarten, was seiner Meinung nach im GATT für die Entwicklungsländer getan werden sollte.

Es scheint mir symptomatisch für eine gewisse Realitätsferne des heutigen GATT zu sein, daß es mit Japan kein Problem gibt; dementsprechend auch nicht in diesem Buch, das sich aber sonst um Realitätsnähe bemüht. Es wäre insbesondere zu überprüfen, inwieweit Verhaltensweisen japanischer Unternehmen den Prämissen entsprechen, die dem GATT-System zugrundeliegen. Dabei geht es selbstverständlich um die wettbewerbspolitische Problematik des internationalen Handels, wie sie ansatzweise Gegenstand des Buches „Von der Liberalisierungs- zur Wettbewerbspolitik“ von Eckard Minx ist.

Hinsichtlich der Zukunft des GATT werden von Senti einige der öffentlich diskutierten Lösungsvorschläge erörtert.

Alles in allem ist das Buch als ein wertvolles Nachschlagewerk über das GATT anzusehen, ohne daß der Anspruch erhoben wird, einen eigenen Diskussionsbeitrag zur Reform des GATT zu leisten. Dies mag in Anbetracht der Sachkompetenz des Autors bedauert werden, kommt aber seinem Hauptanliegen entgegen. Nicht nur Forscher und Studenten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch Praktiker in Unternehmen und Ministerien können aus der Lektüre Nutzen ziehen.

H. Mayrzedt, Biberach und St. Gallen

*Williamson, Oliver E.: The Economic Institutions of Capitalism. Firms, Markets, Relational Contracting. The Free Press, New York, and Collier Macmillan, London 1985. 450 S.*

Das Verhalten von Unternehmen und Industriezweigen und seine Wirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft hat schon seit langer Zeit öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und Kontroversen ausgelöst. Aber die Wirtschaftswissenschaft neoklassischer Provenienz konnte nur wenig zur Beantwortung von Fragen dieser Art beitragen. Dies hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten geändert. Neuere Entwicklungen der Theorie der Unternehmung haben neoklassische Positionen differenziert, in Frage gestellt oder revidiert. In dieser Bewegung nimmt Williamson einen prominenten Rang ein. In origineller Weise hat er sich mit der Unternehmensorganisation auseinandergesetzt, mit ihren Auswirkungen auf die Effizienz der Aktivitäten und auf die Märkte in der Umgebung des Unternehmens. Weil er häufig Implikationen für die Antitrustpolitik und die öffentliche Regulierung aufzeigt, wurden zwangsläufig neue Kontroversen ausgelöst. Er kritisiert, daß Unternehmensorganisation und Märkte getrennt voneinander behandelt werden, anstatt in aktiver, komparativer Gegenüberstellung als alternative Arrangements zur Abwicklung von Transaktionen.

Dieses Buch gibt einen Überblick über einige der Bereiche, in denen der von ihm entwickelte, ursprünglich auf Coase zurückgehende Transaktionskostenansatz

ZWS 108 (1988) 2

Anwendung gefunden hat und zu neuen Antworten führte. Zurückblickend stellt Williamson fest, daß die Grundlage für sein Hauptthema, das Studium von interner Organisation und Marktorganisation, bereits 1940 durch verschiedene Erkenntnisse verschiedener Autoren gelegt waren (Knight, Commons, Barnard, Llewellyn, Coase). Trotzdem kam es nicht zu einer Integration dieser Bausteine zur komparativen Institutionenlehre (S. 6/7). Technologische Faktoren wurden für wichtiger gehalten. Die neoklassische Haltung ist, daß Transaktionen säuberlich zugeordnet sind, entweder zur Unternehmung oder zum Markt (und zwar aufgrund technischer Gegebenheiten). Abweichungen von dieser natürlichen Ordnung werden häufig als Verschwörungen, als wettbewerbsfeindlich gebrandmarkt (Nonstandard contracting practices) (S. 13). Deshalb nimmt die Diskussion solcher Praktiken (Kunden- und Gebietsschutzvereinbarungen, Kopplungsgeschäften, Preisdiskriminierung, Franchise-Beschränkungen usw.) einen breiten Raum ein.

Williamsons Grundthese ist, daß Unternehmen unter begrenzter Rationalität über Transaktionen zu entscheiden haben, dabei mit opportunistischem Verhalten (Verfolgung eigennütziger Ziele mit einem Quant Arglist) ihrer Transaktionspartner rechnen und unter diesen Bedingungen zwischen wenigen alternativen institutionellen Arrangements das transaktionskostensparende auswählen. Er betont die Transaktionskosten wegen ihrer bisherigen Unterschätzung und Mißachtung (S. 2), aber er räumt ein, daß ihre Minimierung nicht der einzige Zweck sei, dem komplexe Organisationen dienen. Die Operationalisierung von Transaktionskosten anhand von Fallbeispielen ist eine der Stärken, die Williamson gegenüber anderen Vorgängern und Zeitgenossen auszeichnen. Auch in diesem Bande findet dies seinen Niederschlag.

Im Lichte der Transaktionsökonomie, deren Grundlagen nochmals ausführlich dargestellt werden, analysiert er einige institutionelle Arrangements wie vertikale Integration, Organisation der Arbeit und Managerkontrolle durch Eigentümer unter dem Blickwinkel ihrer effizienzerhöhenden (transaktionskostensenkenden) Wirkung.

Eine besondere Stellung nimmt in diesem Zusammenhang Williamsons M-Form-These (Multidivisionale Form) der Unternehmensorganisation ein, die er auch in diesem Buch wieder aufgreift. In einer Fallstudie zur Organisation des Eisenbahnwesens seit seinem Entstehen im vorigen Jahrhundert (S. 274) wird begründet, warum sich die Form unter den damaligen Bedingungen der USA erstmals beim Aufbau von Verwaltungshierarchien durchsetzte. Besondere Beachtung verdient auch die vergleichende Gegenüberstellung des „Franchise Bidding for Natural Monopoly“ mit der weit verbreiteten Form der öffentlichen Regulierung im Lichte der Transaktionseffizienz. Alle diese Anwendungsfälle sind geeignet, das Verständnis für den inzwischen weithin diskutierten Williamsonschen Ansatz zu verbreitern und zu vertiefen.

Einige grundsätzliche Probleme seines Ansatzes sind einer klärenden Betrachtung wert und sollen hier aufgegriffen werden.

Williamson ist häufig kritisiert worden, weil er keine klare Definition von Transaktionskosten gibt. Aber Hinweise finden sich, nämlich, daß es sich um die komplementären Kosten zu den Produktionskosten handelt (S. 18), daß sie das ökonomische Pendant zur Friktion in physischen Systemen darstellen (S. 19), daß sie die „Betriebskosten des Wirtschaftssystems“ sind, daß sie als ex-ante-Kategorie die Vertragsgestaltungs-, Verhandlungs- und Ausführungsaufwendungen beinhalten und als ex-post-Kategorie Kosten der Fehlanpassung an Verträge und ihrer Überwindung die organisatorischen Kosten (governance costs), die aus Vertragsstreitigkeiten entstehen und die Kosten zur Sicherung der Einhaltung von Zusagen. Diese vagen Hinweise machen es den Kritikern leicht, gegen den Ansatz zu argumentieren.



Jedoch macht Williamson deutlich (S. 22), daß mit Hilfe dieser sehr vage umschriebenen Kostenarten keine absolute Messung beabsichtigt wird, sondern eine komparative Gegenüberstellung von alternativen institutionellen Arrangements. Es gibt bei solchen Vergleichen in der Praxis immer nur einen relativ kleinen Kostenblock, der sich verändert und einen großen, der unter *ceteris paribus* unbeachtet bleiben kann. Das in der Volkswirtschaftslehre gebräuchliche opportunity-costs-Konzept ist somit auch auf diesen veränderlichen Kostenblock zu übertragen:

Transaktionskosten sind die Kosten, die aus dem Gebrauch eines Arrangements entstehen, dadurch daß auf den Ertrag (Nutzen) des nächstbesten Arrangements verzichtet werden muß. Sie sind also gleich dessen Ertrag (Nutzen).

Die Hinweise bei Williamson lassen keine andere Interpretation der Transaktionskosten zu als im Sinne von opportunity-costs. Dies hat Vor- und Nachteile:

1. Die Institutionentheorie von Williamson beruht auf einem in der Wirtschaftslehre üblichen Kostenkonzept, das sich zur Analyse von rationalen Entscheidungen eignet, (wobei begrenzte Rationalität eine wichtige und spezielle analytische Voraussetzung darstellt).
2. Der Begriff der Transaktionskosten (wie der Opportunitätskostenbegriff ja auch), stellt auf entgangenen Nutzen ab. Er ist damit weiter als der betriebswirtschaftliche, buchhalterische Kostenbegriff. Transaktionskosten (und Opportunitätskosten) sind also schwerer erfaßbar.
3. Institutionen und die Kosten des Gebrauchs von Institutionen dienen nicht nur einer engen, betriebswirtschaftlich verstandenen Ertragserzielung, sondern auch anderen, etwa strategischen Zwecken, wie der Positionierung auf Märkten und Beeinflussung von Regierungsorganen. Schon von daher ist der weitere Kostenbegriff (im Sinne von entgangenem Nutzen) berechtigt, obwohl dies mit dem Nachteil verbunden ist, daß eine Definition nur jeweils im konkreten Falle aufgrund einer Bestimmung der Nutzenbestandteile, jedoch nicht allgemein erfolgen kann.

Ein weiterer grundsätzlicher Einwand setzt gerade beim Konzept der rationalen Institutionenwahl an.

“The arguments relies in a general, background way on the efficacy of competition to perform a sort between more and less efficient modes (of transaction, K.-E. Schenk) and to shift resources in favor of the former” (S. 22f.).

Da es nun ohne Zweifel im Kapitalismus und erst recht im Sozialismus (aus welchen Gründen auch immer) Ausnahmehereiche ohne den wettbewerblichen Zwang zur Einsparung von Transaktionskosten gibt, wird die Wahl von Transaktionsarrangements eben auch so erfolgen können, daß die Wählenden in opportunistischer Weise *ihren* Nutzen verfolgen auf Kosten des Nutzens der von ihnen geleiteten Organisation. Williamson behandelt in seinem Buch zwar solche Ausnahmehereiche wie natürliche Monopole (Chapter 13). Er vergleicht, wie bereits erwähnt, die US-amerikanische public utility-Regulierung mit dem alternativen Arrangement des Franchise Bidding. Jedoch arbeitet er auch hier mit dem Effizienzprinzip, ohne daß deutlich wird, auf welchem Wege (ob über konkurrierende politische Parteien oder konkurrierende Urteile von Gerichten) es sich durchsetzt. Er hat somit keine Theorie politischer oder staatlicher Institutionen, mit deren Hilfe das häufige Auftreten des Prinzips politischer Opportunität (expediency-principle) bei der Wahl von Institutionen in diesen Ausnahmehereichen bzw. Systemen erklärt werden kann. Wer, wie der Verfasser dieser Würdigung etwa an komparativer Institutionenanalyse – und dabei auch über die Grenzen divergierender Systeme hinweg – interessiert ist, der wird sehr bald merken, daß Williamsons Ansatz für eine kompetitive Umgebung hervorragend geeignet

ist, aber noch einer Verallgemeinerung für nichtkompetitive Umgebungen (wie z.B. sozialistische Systeme) bedarf. Jedoch sollte hervorgehoben werden, daß Williamson dafür eine ausgezeichnete Grundlage liefert, indem er von der „Transaktion“ als dem entscheidenden analytischen Ansatzpunkt ausgeht. Wie die neuere Theorie der Institutionen zeigt, ist es fruchtbar, den bei Williamson im wirtschaftlichen Sinne verstandenen Begriff der Transaktion in der verallgemeinerten Form des Begriffs der „Koordination“ auf den Gebrauch von Rechten innerhalb von Hierarchien anzuwenden (z.B. zwischen Regulierungsorgan und regulierter Unternehmung oder zwischen Regulierungsorgan und parlamentarischem (ministeriellem) Aufsichtsorgan). Auch der *opportunistische* Gebrauch von Rechten ist verallgemeinerungsfähig.

Mit anderen Worten: Williamsons Analyse wartet im Bereich des Vergleichs von Institutionen und Wirtschaftssystemen noch auf eine breitere Weiterentwicklung und Anwendung. Wichtig ist jedoch, daß ihre Anwendungsfähigkeit in einem engeren Bereich schon hinreichend demonstriert worden ist. Anwendungsfälle sind für ein neues Paradigma genauso wichtig, wie ein harter Kern von Aussagen.

K.-E. Schenk, Hamburg

*Ribhegge*, Hermann: Grenzen der Theorie rationaler Erwartungen. Zur wirtschaftlichen Bedeutung auf Walrasianischen und nicht Walrasianischen Märkten. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. VIII, 245 S. Ln. DM 84,-.

Der Autor hat sich zum Ziel gesetzt, die Modellvarianten und die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Theorie rationaler Erwartungen darzustellen und kritisch zu prüfen. Dabei betrachtet er nicht nur Koordinationsprobleme zwischen dem Staat und dem privaten Sektor, sondern auch solche innerhalb des privaten Sektors einer Volkswirtschaft. Diese Koordinationsprobleme, die von der Theorie rationaler Erwartungen vernachlässigt werden, können seiner Meinung nach dazu führen, daß die politisch vielleicht wichtigste, sicherlich aber provokanteste Behauptung dieser Theorie, die ‚Lucas-Sargent-Proposition‘, daß jede systematische Politik der Nachfragesteuerung auch kurzfristig wirkungslos ist, nicht mehr gültig ist. Vielmehr können diese Koordinationsprobleme dazu beitragen, daß Situationen entstehen, in welchen der Staat durch seine Stabilisierungspolitik zur Überwindung dieser Probleme und damit zu einem höheren Niveau der Beschäftigung beitragen kann.

Um dies zu zeigen, geht Ribhegge folgendermaßen vor: Nach einer Einleitung über „Die Bedeutung von Erwartungen für die Konjunkturtheorie“ (Kapitel 1) folgt in Teil I eine Erörterung der Rolle von „Erwartungen in walrasianischen Gleichgewichtsmodellen“. Hierzu werden zunächst „Die Modellvarianten der Theorie rationaler Erwartungen und ihre stabilitätspolitischen Aussagen“ dargestellt. Dabei kommt der Autor zu dem Schluß, daß die Theorie rationaler Erwartungen für das derzeit wichtigste wirtschaftspolitische Problem, langanhaltende Unterbeschäftigung, keine Lösung bietet, denn: „Die Theorie rationaler Erwartungen zeigt, daß eine Nachfragepolitik genau dann unwirksam ist, wenn sie nicht benötigt wird. Sie kann aber keine Aussage machen, ob die Nachfragepolitik wirksam sein kann, wenn sie benötigt wird.“ (S. 72). Es folgt eine Diskussion der Annahmen dieser Theorie, wobei zunächst die Lucas-Angebotsfunktion und die Annahme der permanenten Markträumung betrachtet werden. Dann folgt auf relativ wenigen Seiten die Erörterung des eigentlichen Themas des Buches, der ‚Erwartungen‘. Dabei wird auch die Bedeutung ‚semi-rationaler‘ Erwartungen für diese Theorie dargestellt.



Aus den Ausführungen aus Teil I ergibt sich als zentrale Kritik, daß die Theorie rationaler Erwartungen entgegen ihrem eigenen Anspruch nicht ausreichend mikroökonomisch fundiert ist, da sie, wie oben schon erwähnt, das Koordinationsproblem innerhalb einer Volkswirtschaft auf zwei Akteure reduziert, den Staat und den (in sich homogenen) privaten Sektor, der im wesentlichen durch die Angebotsfunktion dargestellt wird. Daher ist sie in ihrer Aussagekraft auch zunächst auf walrasianische Märkte beschränkt. Geht man jedoch davon aus, daß es auch im privaten Sektor relevante Koordinationsprobleme gibt, deren Lösung außerdem nicht unabhängig von staatlichem Handeln sein muß, so stellt sich die in Teil II erörterte Frage, welche Rolle „Erwartungen in nicht-walrasianischen Gleichgewichtsmodellen“ spielen bzw. welche der Aussagen der Theorie rationaler Erwartungen in solchen Modellen noch gelten. Hierzu wird zunächst „Der Einfluß der Geldmenge auf Preisniveau und Beschäftigung bei alternativen Marktformen“ (Kapitel 4) untersucht, und anschließend die „Indeterminiertheit bei Multimarktmodellen und ihre Auswirkung auf die Wirksamkeit einer antizipierten Geldmengenpolitik“ (Kapitel 5) herausgearbeitet. Dabei zeigt sich, daß es Situationen geben kann, in denen die Art der Erwartungsbildung über die Wirksamkeit der Geldpolitik entscheidet: Haben die privaten Wirtschaftssubjekte ‚monetaristische‘ Erwartungen, d.h. glauben sie nicht daran, daß eine Politik der systematischen Nachfragesteuerung reale Auswirkungen hat, so ergeben sich auch keine Auswirkungen: Die Erwartungen erfüllen sich. Haben sie jedoch ‚keynesianische‘ Erwartungen, d.h. glauben sie an die Wirksamkeit der staatlichen Stabilisierungspolitik, so kann diese in Situationen anhaltender Unterbeschäftigung dazu führen, daß das Beschäftigungsniveau angehoben wird. In einer solchen Situation können daher sich selbst erfüllende Prognosen über die Wirksamkeit staatlicher Politik existieren.

Erwartet man nach diesen Ergebnissen in der Schlußbetrachtung ein Plädoyer für eine diskretionäre Stabilisierungspolitik, so sieht man sich in seinen Erwartungen getäuscht. Vielmehr wird auf die Unsicherheiten und Risiken hingewiesen, die mit einer solchen Politik verbunden sind. Um den privaten Sektor in seiner Koordinationsfähigkeit nicht zu überfordern, sei es vielmehr notwendig, die Stabilisierungspolitik zu verstetigen und abrupte Kurswechsel zu meiden. Diese Forderung nach Verstetigung aber liegt ganz auf der Linie der traditionellen wie der neuen Monetaristen. Schließlich kann eine stetige Politik antizipiert werden, und sie hat damit, streng nach der Lucas-Sargent-Proposition, keine realen Auswirkungen.

Zwar sind die einzelnen Ergebnisse, die in diesem Buch vorgestellt werden, fast alle bereits bekannt. Das Verdienst des Autors besteht jedoch darin, diese Ansätze im Rahmen einer umfassenden Fragestellung systematisch eingeordnet und dargestellt zu haben. Auch wenn man sich an der einen oder anderen Stelle durchaus über die Zweckmäßigkeit der Darstellung streiten kann, so ist diese Darstellung dennoch insgesamt als gelungen zu bezeichnen.

Das Problem dieses Buches besteht jedoch darin, daß zum eigentlichen Thema, den „Grenzen der Theorie rationaler Erwartungen“, kaum etwas gesagt wird. Entsprechend einem zwar weit verbreiteten, aber nichts desto weniger schlampigen Sprachgebrauch wird die Theorie rationaler Erwartungen mit der ‚Neuen klassischen Makroökonomik‘ gleichgesetzt. Die sich durch das ganze Buch hindurchziehende zentrale Fragestellung ist daher auch nicht, ob die privaten Wirtschaftssubjekte rationale Erwartungen im Sinne von Muth haben oder nicht, sondern ob bzw. unter welchen Bedingungen die Lucas-Sargent-Proposition gilt. „Grenzen der Neuen klassischen Makroökonomik“ wäre als Titel eher angebracht.

Die eigentliche Diskussion der Erwartungsbildung fällt daher auch (gemessen am Umfang des Buches) knapp und eher unbefriedigend aus. Zuerst werden jene Argu-

mente wiederholt, die besagen, daß die Theorie rationaler Erwartungen, indem sie bei den privaten Wirtschaftssubjekten die Kenntnis des ‚wahren‘ Modells der Volkswirtschaft unterstellt, Informationskosten vernachlässigt und an die Kapazität der einzelnen Individuen zur Erfassung und Verarbeitung von Information unrealistisch hohe Anforderungen stellt. So richtig diese Argumente sind, so wenig treffen sie den Kern der Sache. Geht man davon aus, daß sich die Wirtschaftssubjekte bei ihren Prognosen nicht systematisch täuschen (lassen), und nichts anderes besagt letztlich die Idee rationaler Erwartungen, so besteht die einfachste Art, diese Annahme modellmäßig abzubilden, darin, zu unterstellen, daß die Wirtschaftssubjekte die reduzierte Form des wahren wirtschaftlichen Modells kennen. Diese modellmäßige Annahme bedeutet aber nicht, daß man diese Kenntnis auch in der Realität unterstellt.

Die Verwendung ‚semi-rationaler‘ bzw. schwach rationaler Erwartungen in Modellen mit Erwartungen ist eine Möglichkeit, dem Problem der Informationskosten Rechnung zu tragen. Hierbei wird mit einer verkleinerten Informationsmenge gearbeitet, weshalb die Varianz des Prognosefehlern zunimmt, ohne daß die Unverzerrtheit beeinträchtigt wird. Auf diese Form rationaler Erwartungen geht Ribhegge zwar kurz ein, er versucht aber nicht, sie in ein Modell einzubauen, was zugegebenermaßen auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt.

Will man, wie es die erklärte Absicht des Autors ist, die Auswirkungen geldpolitischer Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf untersuchen, so erscheint es sinnvoll, zu unterstellen, daß die Wirtschaftssubjekte sich nicht systematisch täuschen lassen, d. h. keiner systematischen Geldillusion unterliegen. Bei all seiner Kritik am Konzept rationaler Erwartungen geht Ribhegge daher konsequenterweise bei den dargestellten Modellen immer davon aus, daß die Individuen rationale Erwartungen haben. Problematisch wird dies dann, wenn das System mehrere Gleichgewichtspunkte hat, d. h. wenn z. B. ‚monetaristische‘ oder ‚keynesianische‘ Erwartungen korrekt sein können, aber nicht beide zugleich. Auf dieses Problem wird unter dem Stichwort ‚inhomogene Erwartungen‘ hingewiesen. Bei der Diskussion der entsprechenden Modelle im zweiten Teil der Arbeit wird jedoch nicht darauf eingegangen, welche Auswirkungen sich für das Modellverhalten ergeben würden, wenn ein Teil der Wirtschaftssubjekte monetaristische und der andere keynesianische Erwartungen hätte. Wie sähe die Modellösung aus, und wer hätte seine Erwartungen wie anzupassen? Hier scheint mir eine interessante weitergehende Fragestellung vorzuliegen.

Will man sich über die Vielfalt makroökonomischer Modelle mit rationalen Erwartungen informieren, so kann dieses Buch sehr hilfreich sein. Einer weiten Verbreitung steht jedoch der – gemessen an der üblichen Politik dieses Verlages noch nicht einmal besonders hohe – Preis entgegen.

G. Kirchgässner, Osnabrück und Zürich

*Henning, Hansjoachim / Lindenlaub, Dieter / Wandel, Eckhard (Hrsg.): Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschungen und Probleme. Karl Erich Born zur Vollendung des 65. Lebensjahres zugeeignet von Kollegen, Freunden und Schülern. Scripta Mercaturae Verlag, St. Katharinen 1987. 493 S. DM 78,-.*

Die Herausgeber dieser Festschrift, die dem Tübinger Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Karl Erich Born gewidmet ist, verzichteten auf den Brauch, eine möglichst große Zahl von Fachvertretern zur Mitarbeit zu bewegen und vermieden dadurch das Entstehen einer mehrbändigen Publikation, die fast zwangsläufig auch Beiträge von der Beschaffenheit besserer Seminarreferate enthalten hätte. Statt dessen begrenzten sie den Themenkreis des Bandes von vornherein auf jene Probleme



und Epochen, über welche der Jubilar eigene Forschungsarbeiten vorgelegt hat. Sie bemühten sich sodann, und zwar durchweg mit Erfolg, für die einzelnen Themenbereiche sachkundige Autoren zu gewinnen. Als Ergebnis dieser Planung liegt nun eine Festgabe vor, die in ihrer Thematik, in der Qualität ihrer Beiträge, aber auch in ihrem Umfang und in ihrer äußeren Gestaltung wie aus einem Guß wirkt.

Die Verwirklichung dieses Vorhabens gestaltete sich freilich deshalb nicht ganz einfach, weil – entgegen dem Modetrend – in Borns Forschungs- und Lehrtätigkeit die Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht erst mit der Erfindung der Dampfmaschine beginnt. Folglich mußte auch die vorindustrielle Zeit in der Festschrift berücksichtigt werden. Die Herausgeber lösten dieses Problem, indem sie insgesamt drei Themenkomplexe formulierten, nämlich: I. Wirtschaftliches Handeln in der Zeit vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, II. Aspekte deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, III. Wirtschaftspolitische Probleme des 20. Jahrhunderts.

Dem mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung ein wenig vertrauten Leser wird bereits die folgende Aufzählung der Bearbeiter und der Titel der einzelnen Beiträge einen Überblick über den wissenschaftlichen Gehalt der Festschrift vermitteln. Thema I: *H. Kellenbenz*, Die Tasso-Taxis als Bankiers: Das Beispiel des Mafeo; *W. O. Henderson*, Vorgeschichte zur deutschen Kolonisation; *E. Schremmer*, Zünftige und nicht zünftige Gewerbetreibende in der Markgrafschaft Baden-Durlach im Jahre 1767. Thema II: *G. Kollmer*, Die Finanzierung von Investitionen in der württembergischen Textilindustrie 1830 - 1919; *W. Zorn*, Deutsches Arbeiterleben um 1850 im Blickfeld des französischen Sozialpolitikers Le Play; *H. Henning*, Staatsmacht und Arbeitskampf. Die Haltung der preußischen Innenverwaltung zum Militeinsatz während der Bergarbeiterausstände 1889 - 1912; *K.-H. Kaufhold*, Erwerbstätigkeit und soziale Schichtung im Deutschen Reich um 1900. Quantitative Aspekte nach den Berufszählungen von 1895 und 1907. Thema III: *W. Fischer*, Angst und Hoffnung als Bremse und Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung; *G. Ambrosius*, Sektorale Strukturen europäischer Volkswirtschaften im 20. Jahrhundert: überindustrialisiert und rückständig?; *K. Borchardt*, „Das hat historische Gründe“ – Zu Determinanten der Struktur des deutschen Kreditwesens unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Sparkassen; *F. Zunkel*, Die Stellung der Freien Gewerkschaften zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges; *H. Winkel*, Das württembergische Notgeld (1914 - 1924); *C.-L. Holtfrerich*, Vom sozialpolitischen Aufbruch zur sozialen Demontage. Die Weimarer Republik und die Weltwirtschaftskrise; *R. H. Tilly*, Bemerkungen zur Kontroverse über die Wirtschaftskrise der Weimarer Republik; *D. Lindenlaub*, Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland: die gesamtwirtschaftliche, die einzelwirtschaftliche und die internationale Perspektive; *E. Wandel*, Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur industriellen Führungsmacht; *W. A. Boelcke*, Wirtschaftspolitische Weichenstellungen im anderen Teil Deutschlands nach Kriegsende. Zumindest drei dieser Beiträge dürften nach Meinung des Rezensenten über die Grenzen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte hinaus auch in anderen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen auf Interesse stoßen. Ihre Fragestellungen und ihre Ergebnisse sollen deshalb im Folgenden skizziert werden.

*Fischers* Aufsatz knüpft an die Konjunkturlehre W. A. Jöhns an, der in den Konjunkturschwankungen einen kumulativen Vorgang erblickte, welcher sich selbst reproduziere, weil sich die Konsumenten und Produzenten bei ihren Entscheidungen um so mehr vom Verhalten der anderen Wirtschaftssubjekte beeinflussen ließen, je unsicherer ihre eigenen Zukunftserwartungen seien. Im Rahmen einer langfristigen, in den Pestzügen des Spätmittelalters wurzelnden historischen Betrachtung stellt Fischer die Frage nach den kausalen Zusammenhängen zwischen den Sorgen und

Hoffnungen der Verbraucher und der Produzenten auf der einen und den realen meßbaren Auf- und Abschwüngen in der wirtschaftlichen Entwicklung auf der anderen Seite. In methodischer Hinsicht zeigen seine Überlegungen, daß eine konjunkturtheoretische Analyse, die auch das unberechenbare menschliche Handeln in ihr Blickfeld rückt, wohl kaum auf geschichtliche Erfahrungen verzichten kann.

*Borchardt* geht von der Beobachtung aus, daß nicht zwei Industriestaaten existieren, in denen die Ausprägungen der verschiedenen Typen von Kreditinstituten übereinstimmen. Da ein theoretischer Ansatz fehlt, mit dessen Hilfe man die Mannigfaltigkeit und die spezifischen Eigenschaften der nationalen Kreditsysteme vollständig erklären könnte, liegt natürlich die Vermutung nahe, daß dem politischen Element bei der Entwicklung solcher Systeme erhebliche Bedeutung zukommt. Die Entfaltung des deutschen Kreditwesens, die B. nachzeichnet, lehrt, daß die gegenwärtige Struktur der Angebotsseite der Geld- und Kapitalmärkte in der Bundesrepublik in hohem Maße den Auswirkungen spezieller politischer Konstellationen und Ereignisfolgen zuzuschreiben ist.

*Lindenlaubs* umfangreiche Arbeit über die Weltwirtschaftskrise in Deutschland, die ja trotz der inzwischen erfolgten Enthistorisierung der Nationalökonomie noch immer als empirisches Modell in der Konjunkturtheorie, in der Finanzwissenschaft und in der Theorie der Wirtschaftspolitik benutzt wird, verdient schon deswegen Beachtung, weil in ihr die neuesten Forschungspositionen aufgearbeitet werden. Aber auch ihr methodischer Ansatz reicht über die bisher unternommenen Versuche zur Erklärung der Ursachen, des Ablaufs und der Überwindung dieser Krise sowie über die bislang geführte Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Krisenbekämpfung hinaus. Zum einen stützt *Lindenlaub* seine Gedankenführung wesentlich stärker als die traditionellen, unter volkswirtschaftlichem Blickwinkel vorgenommenen Analysen auch auf einzelwirtschaftliche Größen wie die Arbeitskosten, die Kosten des Geldkapitals und die Gewinnerwartungen der Unternehmer. Zum anderen verläuft die Untersuchung der für seine Fragestellung bedeutsamen gesamt- und einzelwirtschaftlichen Größen stets im Rahmen eines mit reichhaltigem Zahlenmaterial untermauerten Vergleichs zwischen dem Deutschen Reich, den USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden und Japan. Da er diesen Vergleich obendrein auf die Zeit bis Ende der dreißiger Jahre ausdehnt, vermag er auch die langfristigen Wirkungen der Krisenpolitik zu erörtern.

Ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten Borns rundet den Band ab. Leider fehlt jede Angabe über den wissenschaftlichen Werdegang des Jubilars, der angesichts der Diskussion über die Stellung des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte zwischen den Disziplinen der Geschichts- und der Wirtschaftswissenschaft aufschlußreich gewesen wäre.

F. Blaich, Regensburg

*Ahlert*, Dieter: Distributionspolitik. Das Management des Absatzkanals (UTB für Wissenschaft: Uni-Taschenbücher, 1364; Grundwissen der Ökonomik: Betriebswirtschaftslehre). G. Fischer, Stuttgart – New York 1985. XVI, 42 Abb. und Übersichten. 236 S. Kart. DM 26,80.

Die Gestaltung der physischen und kommunikativen Präsenz im Markt wird griffig als Zentralproblem der Distributionspolitik herausgestellt und in vier Kapiteln analysiert.



Im ersten und grundlegenden Kapitel (S. 1 - 34; Grundlagen der betrieblichen Distributionspolitik) gefällt die Theorie-Praxis-Brücke, die dem Buch eine besondere Note verleiht. Durch qualitative Modelle werden Grundmuster der Wirkungszusammenhänge distributionsspezifisch aufbereitet, um damit die Strukturunterschiede zwischen dem Universalvertrieb und seinen selektiven Varianten zu konturieren. Die in der Praxis oft deutlich vollzogene Trennung zwischen produktbezogenem „Marketing“ und abnehmerbezogenem „Vertrieb“ (Selektion, Akquisition und Koordination, S. 18) wird in ihren begrifflichen Konsequenzen deutlich vermittelt und führt zu einem gut handhabbaren grundbegrifflichen Apparat. Abschließend werden die im vorliegenden Buch nur peripher behandelten angrenzenden Bereiche (Logistik, Außendienst, Verkaufsförderung) durch Literaturhinweise abgedeckt.

Das zweite Kapitel benennt nun alle jene Eigenschaftsarten von Distributionssystemen, die in irgendeiner Weise für die Struktur- und Prozesspolitik im System planungsrelevant (zielgrößenrelevant) sind oder doch sein können. Ahlert verbindet dies geschickt mit einer aufarbeitenden Analyse verschiedener methodischer Ansätze der Distributionsforschung (materiell: Waren-, Funktions-, Institutions- und Verbraucher-Orientierung; formal: System-, Entscheidungs- und Verhaltenstheorie). Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß keiner dieser Ansätze hinreichend geeignet ist, Aussagen über die (relative) Vorteilhaftigkeit der Gestaltungsalternativen zu erlauben. Dann stehen allerdings die Kritik an quantitativen Ansätzen einerseits und die „entscheidungsorientierte“ Betrachtung (S. 66) unverbunden nebeneinander.

Die darstellungstechnisch (nicht inhaltlich) dem Verbraucher eingeräumte Sonderstellung als (potentieller) Kontraktpartner mag Zeitströmungen eher entsprechen als sachlicher Notwendigkeit; auch eingeschränkte Rationalität ist kein Privileg dieser Marktstufe.

„Das Verhalten der Distributionssubjekte als Gegenstand distributionspolitischer Entscheidungen“ wird im dritten Kapitel behandelt. Zunächst werden demo- und psychographische Eigenschaften der Verbraucher (S. 72 - 86) in ihrer distributionspolitischen Bedeutung veranschaulicht. Der zweite Schwerpunkt dieser einführenden Darlegungen liegt auf den Verhaltensbeziehungen, die sich innerhalb von Distributionssystemen ergeben (z.B. Zielkonflikte, Rollen- und Machtverteilung, Nachfragemacht). Den Sanktionsgrundlagen wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insgesamt versucht der Verfasser, die Fragestellungen, aber auch die begrenzten Möglichkeiten ihrer Beantwortung dem Leser vor Augen zu führen. Dies erscheint gerade in einem einführenden Lehrbuch besonders wichtig, wenn so komplexe Probleme wie der Konflikt zwischen Marketingführerschaft der Industrie einerseits und Nachfragemacht des Handels (dargestellt am Beispiel des Lebensmittelhandels) andererseits vom Leser verstanden werden sollen und eine ausgefeilte theoretische Basis einstweilen noch zu fehlen scheint.

„Das Management des Absatzkanals als Kernbereich der betrieblichen Distributionspolitik“ (S. 139 - 220) ist Gegenstand des vierten und letzten Kapitels und soll den „instrumentübergreifenden Gestaltungsbereich der Unternehmung“ (S. 139) als Besonderheit verdeutlichen, wozu das Konzept der Regalplatzsicherung hervorragend geeignet ist. Dieser der Kalkülierung schwer zugängliche Entscheidungsbe- reich ist „ill structured“ und stellt ein Feld verbaler Strukturierungsversuche dar, wie der Verfasser eindrücklich demonstriert. Die tabellarischen Übersichten sind nicht nur hier von Bedeutung, sondern liefern passim ein wertvolles Instrument der stofflichen Strukturierung gerade auch unter rechtlichen Aspekten.

Das Buch regt sicherlich Studenten zum Nachdenken über die Bewältigung von Komplexität in diesem Bereich an und erleichtert durch das Konzept der typischen Fälle das Denken in Interdependenzen. Für den Theoretiker stellt sich die Frage, ob die seinerzeit von E. Schäfer vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der Instrumentalklassifikation nicht einer erneuten Überprüfung bedürfen.

R. Gümbel, Frankfurt a. M.